

Stadt Ulm
Zentrale Steuerung / Finanzen

ulm

Vorbericht zum
Haushaltsplanentwurf 2014
GD 903/13

Vorbericht

1. ALLGEMEINES

1.1 Lage der kommunalen Haushalte

Auch wenn im Jahr 2012 in den Kernhaushalten der Städte, Landkreise und Gemeinden ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 1,8 Milliarden Euro erzielt werden konnte, kann für die kommunalen Haushalte keine Entwarnung gegeben werden. Vielmehr ist das bundesweite Ergebnis des Jahres 2012 deutlich zu relativieren:

Die Kassenkredite der Städte, Landkreise und Gemeinden sind im vergangenen Jahr nochmals um 3,6 Milliarden Euro angestiegen und betragen mittlerweile 47,5 Milliarden Euro. Zugleich sanken die Investitionen deutlich ab und lagen unter dem Niveau des Jahres 2008. Hier muss noch darauf hingewiesen werden, dass der Finanzierungssaldo lediglich die Einnahmen mit den Ausgaben vergleicht, Änderungen in den Vermögenspositionen einer Stadt aber nicht erfasst. Vielen Städten, die gerade eben einen positiven Finanzierungssaldo erreichen, gelingt dies nur zu Lasten des Zustandes ihrer Infrastruktur oder durch den Verkauf von Vermögen. Ein positiver Finanzierungssaldo garantiert daher keinesfalls, dass nicht von der Substanz gelebt werden muss. Es besteht kein Grund zur Hoffnung, dass die hohen Steigerungsraten bei den sozialen Leistungen angesichts einer stabilen Konjunktur deutlich gesenkt würden: Auch im Jahr 2012 war ein ungebremsster Anstieg der kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen trotz einer weiterhin entspannten Lage am Arbeitsmarkt zu beobachten.

Die Disparitäten zwischen Kommunen einzelner Länder, aber auch innerhalb eines Landes haben sich verschärft. Diese Unterschiede entziehen sich einer einfachen Differenzierung nach Kernstadt, Umland und ländlichem Raum. So konnte die kommunale Ebene in Baden-Württemberg und Bayern ihren "Vorsprung" gegenüber anderen Ländern (verstanden als Abweichung des landesdurchschnittlichen Pro-Kopf-Finanzierungssaldos gegenüber dem bundesweiten Durchschnitt) halten bzw. geringfügig ausbauen. Zugleich profitierten die Kommunen einiger Länder mit negativen kommunalen Finanzierungssalden nur unterdurchschnittlich oder gar nicht von der allgemeinen verbesserten Finanzlage, so z.B. in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein oder dem Saarland.

Deutliche Kassenkreditanstiege sind gerade in den Ländern festzustellen, die bereits die höchsten Bestände aufweisen. Die Kassenkreditbestände haben in diesen Ländern mit einem durchschnittlichen (!) Betrag von mehr als 1200 Euro je Einwohner mittlerweile eine Größenordnung erreicht, bei der die Zinsänderungsrisiken sehr ernst zu nehmen sind: Eine Änderung des Zinssatzes um zwei Prozentpunkte führt dort zu den gleichen Mehrbelastungen wie eine Steigerung aller Ausgaben um ein Prozent. Ebenfalls deutlich ist der Rückgang des bislang positiven Finanzierungssaldos in den ostdeutschen Ländern: Trotz eines deutlichen Absenkens der Investitionen durch die Kommunen ist mit dauerhaft negativen Finanzierungssalden zu rechnen, sofern die Länder nicht massiv zusätzliche Mittel bereitstellen.

Die kommunalen Einnahmen stiegen im Jahr 2012 mit 5,1 Milliarden Euro bzw. 2,8 Prozent lediglich halb so stark wie im Vorjahr. Sie betragen 188,8 Milliarden Euro. Eine Hauptursache für den Einnahmenanstieg des Jahres 2012 waren die im Vorjahr massiv gestiegenen Steuereinnahmen der Länder, eine weitere die erhöhte Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Beides führte je nach Vorgehen in dem einzelnen Land zu mehr oder weniger deutlich erhöhten Landeszuweisungen. Hinzuweisen ist auch auf die weiterhin positive Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen. Sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenanstieg wurden im Übrigen durch das Auslaufen des Konjunkturprogramms gebremst. Auch in den Jahren 2013 bis 2016 ist mit weiteren Einnahmenanstiegen zu rechnen. Diese werden allerdings in den Jahren 2014 bis 2016 mit Raten von 2,0 bis 2,5 Prozent nur knapp oberhalb der Inflationsrate liegen. Auch sind sie nicht größer als die entsprechenden Ausgabesteigerungen. Zudem sind gerade bei der Prognose der Einnahmen Risiken zu verzeichnen. Neben dem allgemeinen Risiko einer Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung sind gerade bei denjenigen

Einnahmearten Risiken nicht zu verkennen, bei denen eine überdurchschnittliche Entwicklung prognostiziert wird. Hierzu zählen Steuerrechtsänderungen - z.B. weitere Grundfreibetragserhöhungen bei der Einkommensteuer - ebenso wie eine Weitergabe des Konsolidierungsdrucks von den Ländern an die Kommunen, sprich ein geringerer Anstieg der Zuweisungen als ursprünglich geplant bzw. zugesagt.

Der Ausgabenanstieg betrug im vergangenen Jahr 0,9 Prozent bzw. 1,7 Milliarden Euro, so dass im Jahr 2012 Ausgaben in Höhe von 187,0 Milliarden Euro anfielen. Die Entwicklung auf der Ausgabenseite war durch einen scharfen Rückgang der Investitionen von 10,6 Prozent gekennzeichnet. Dieser Rückgang verdeutlicht, dass in den vergangenen Jahren die kommunale Investitionsschwäche durch das Konjunkturprogramm lediglich überdeckt aber nicht grundsätzlich behoben werden konnte. Auch die überraschend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt machte sich im Jahr 2012 nicht durch einen allgemeinen Rückgang der Ausgaben bei den sozialen Leistungen bemerkbar. Ursache hierfür sind die weiterhin wachsenden Ausgaben der kommunalen Träger für die konjunkturunabhängigen sozialen Leistungen wie die Jugendhilfe, die Hilfe zur Pflege oder die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Sie stiegen deutlich stärker als die sonstigen Ausgaben oder auch die Einnahmen. Die kommunale Investitionsschwäche ist somit im Jahr 2012 ebenso unübersehbar wie der sich weiter vergrößernde Anteil der sozialen Leistungen. Diese betragen mittlerweile mehr als das Doppelte der Investitionen. Die Analyse der Ausgabenentwicklung im vergangenen Jahr verdeutlicht auch, weshalb für die kommenden Jahre mit höheren Steigerungsraten gerechnet werden muss. Hierzu zählt nicht nur der Sondereffekt des Aufbauhilfefonds, der mit dafür sorgt, dass für das Jahr 2013 ein Ausgabenanstieg von ca. 3,5 Prozent zu erwarten ist. In den folgenden Jahren werden die Ausgaben für soziale Leistungen durchweg stärker steigen als die Ausgaben insgesamt oder auch als die Einnahmen. Ihr Anteil am Haushaltsvolumen der Kommunen wird sich weiter vergrößern. Die Investitionsentwicklung hingegen ist unterdurchschnittlich. Die kommunale Investitionsschwäche wurde durch das Konjunkturpaket lediglich überdeckt, sie besteht unvermindert fort. Im Ergebnis dieser Entwicklung ist für die Jahre 2013 bis 2016 ein positiver Finanzierungssaldo der kommunalen Kernhaushalte in der Größenordnung von 4,0 bis 4,5 Milliarden Euro denkbar. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass der kommunale Finanzierungssaldo auch für die Einhaltung des Fiskalpakts relevant ist. Bund und Länder beabsichtigen, im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Belastungen aus der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen dafür Sorge zu tragen, dass der kommunalen Ebene dauerhaft eine "schwarze Null" möglich ist. Dies ist zu begrüßen. Damit zuverlässig seitens der kommunalen Ebene keine Defizite im Sinne des Fiskalpakts entstehen, ist allerdings ein Sicherheitsabstand vom prognostizierten Finanzierungssaldo zur Defizitgrenze erforderlich. Dieser Sicherheitsabstand setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Erstens existiert das Risiko, das der Konjunkturverlauf nicht richtig eingeschätzt wird, also von einem zu großen Wirtschaftswachstum ausgegangen wird. Zweitens existiert das Risiko, dass trotz eines richtig geschätzten Konjunkturverlaufs z.B. die daraus abgeleiteten Steuereinnahmen falsch eingeschätzt werden - sei es, weil Steuerrechtsänderungen nicht berücksichtigt wurden oder weil das Wirtschaftswachstum gerade bei Personen mit niedrigen Steuersätzen anfällt. Als drittes Element muss der Sicherheitsabstand die Unschärfen, die sich bei der Ableitung des strukturellen Defizits aus dem tatsächlichen Defizit ergeben, auffangen können. Deshalb sind allein schon aufgrund des Fiskalpakts klar positive Finanzierungssalden für die kommunale Ebene notwendig.

Die Ergebnisse des Zensus 2011 haben bei vielen Kommunen zu deutlichen Änderungen der amtlichen Einwohnerzahl geführt. Hieraus ergeben sich Folgewirkungen für die Höhe und Verteilung der Finanzmittel, die den Kommunen im Rahmen der kommunalen Finanzausgleichssysteme zur Verfügung gestellt werden.

| Jahr | Einnahmen | | Ausgaben | | Defizit/ Überschuss Mrd. € |
|------|-----------|----------|----------|----------|----------------------------------|
| | Mrd. € | +/- in % | Mrd. € | +/- in % | |
| 2002 | 144,5 | + 0,2 | 149,2 | + 1,4 | - 4,7 |
| 2003 | 141,4 | - 2,2 | 149,8 | + 0,5 | - 8,4 |
| 2004 | 145,3 | + 2,7 | 149,2 | - 0,4 | - 3,9 |
| 2005 | 151,1 | + 3,8 | 153,4 | + 2,7 | - 2,3 |
| 2006 | 158,6 | + 4,9 | 155,7 | + 1,5 | + 2,9 |
| 2007 | 169,3 | + 6,7 | 160,7 | + 3,2 | + 8,6 |
| 2008 | 174,9 | + 3,3 | 167,3 | + 4,1 | + 7,6 |
| 2009 | 170,0 | - 2,8 | 177,2 | + 5,9 | - 7,2 |
| 2010 | 175,4 | + 3,2 | 182,3 | + 2,9 | - 6,9 |
| 2011 | 183,6 | + 4,7 | 185,3 | + 1,6 | - 1,7 |
| 2012 | 188,8 | + 2,8 | 187,0 | + 0,9 | + 1,8 |
| 2013 | 197,7 | + 4,7 | 193,6 | + 3,5 | + 4,1 |

(Quelle: Der Städtetag – Gemeindefinanzbericht 2013)

1.2 Wirtschaftliche Lage

Mit der Steuerschätzung im Mai 2013 schätzte der Arbeitskreis Steuerschätzungen die Steuereinnahmen für die Jahre 2013 bis 2017 und aktualisierte damit seine Prognose vom November 2012. Nach der aktuellen Prognose können Bund, Länder und Gemeinden auch in den kommenden Jahren mit höheren Steuereinnahmen rechnen. Allerdings haben die Steuerschätzer ihre Prognose vom Herbst 2012 insgesamt leicht nach unten korrigiert.

In dem Ergebnis spiegelt sich nicht zuletzt die gute Verfassung des Arbeitsmarktes mit einem historischen Höchststand an Beschäftigungsverhältnissen und steigenden Löhnen wieder. Die deutschen Unternehmen sind international wettbewerbsfähig und erfolgreich. Deutschland genießt international hohes Vertrauen.

Bund, Länder und Gemeinden können auch in den nächsten Jahren mit höheren Steuereinnahmen rechnen. Allerdings haben die Steuerschätzer im Mai 2013 ihre Prognose vom Herbst 2012 insgesamt leicht nach unten korrigiert: Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2012 werden die Steuereinnahmen im öffentlichen Gesamthaushalt (Bund, Länder, Gemeinden und EU) im Jahr 2013 insgesamt um - 2,8 Mrd. Euro geringer ausfallen. Davon entfallen auf den Bund -1,8 Mrd. Euro und die Länder -1,0 Mrd. Euro. Die Einnahmeerwartung der Gemeinden bleibt in etwa unverändert. Für das Jahr 2014 ergeben sich gegenüber der Steuerschätzung vom November 2012 Steuermindereinnahmen im öffentlichen Gesamthaushalt von

-3,8 Mrd. Euro. Der Bund hat Mindereinnahmen in Höhe von -1,8 Mrd. Euro zu verzeichnen. Die Mindereinnahmen der Länder belaufen sich auf -1,6 Mrd. Euro. Auch für die gemeindliche Ebene wurde die Prognose vom November 2012 um -0,1 Mrd. Euro leicht nach unten korrigiert. Gründe hierfür sind Mindereinnahmen infolge der neu zu berücksichtigenden Steuerrechtsänderungen (z. B. im Bereich der Energie- und Stromsteuer, der Unternehmensbesteuerung, U3- Betreuung, dem Abbau der kalten Progression) und konjunkturell bedingte Mindereinnahmen im Vergleich zur Herbstprognose 2012.

1.3 Die wirtschaftliche Situation in Ulm

Zum Jahresbeginn 2012 stellt sich die wirtschaftliche Situation weiter positiv dar. Die Unternehmen in der Region können ihre gute Geschäftslage aufrechterhalten und die Arbeitslosenquote ist trotz den Tiefschlägen einzelner Unternehmen auf niedrigem Niveau stabil. Doch nach wie vor spielt der Unsicherheitsfaktor Wirtschaftspolitik / Staats- und Finanzkrise / Exportabhängigkeit eine entscheidende Rolle für die weitere Entwicklung in der regionalen Wirtschaft. Der Konjunkturoptimismus verstärkt sich nach dem aktuellen Konjunkturbericht vom Herbst 2013 der IHK Ulm. Eine lebhafte Inlandsnachfrage und etwas steigende Exportchancen sorgen für eine verbesserte Stimmung bei den regionalen Firmenchefs. Für die

kommenden Monate wird mit einer zunehmenden Belebung der Konjunktur gerechnet. Doch Risiken bleiben. Die Investitionsbereitschaft bleibt daher noch zurückhaltend. Mit entscheidend für die weitere Entwicklung wird auch die Weichenstellung der neuen Bundesregierung sein.

Die regionale Wirtschaft steht im Herbst 2013 auf festem Grund. Zunehmenden Belastungen, vor allem bei den Arbeitskosten, stehen steigende Umsätze gegenüber. Die Gewinnsituation wird wieder etwas positiver bewertet.

Gestützt wird diese wirtschaftliche Entwicklung vor allem von der Inlandsnachfrage. Höhere Gehälter, eine niedrige Inflation und mehr Beschäftigung sorgen für ein gutes Konsumumfeld. So ging die Zahl der Arbeitslosen seit Mai um fast 400 Personen zurück. Mit einer September-Arbeitslosenquote von 3,3 Prozent weist die IHK-Region Ulm damit weiter die zweitniedrigste der Republik auf.

Auch das Auslandsgeschäft läuft auf recht hohem Niveau. Allerdings war dieses in den letzten Monaten nicht frei von Rückschlägen. Zum einen kommen die europäischen Volkswirtschaften gerade erst aus dem Größten heraus. Zum anderen hat das lang überschwängliche Expansionstempo in den Schwellenländern zuletzt merklich nachgelassen.

Für die kommenden zwölf Monate sehen die Betriebe jedoch wieder etwas steigende Exportchancen. Dies sorgt zusammen mit der Inlandsnachfrage dafür, dass auch die Umsatzerwartungen nach oben geschraubt werden.

Dennoch: Risiken bleiben. Denn trotz der aufgehellten Stimmung ist der zündende Funke noch nicht so richtig übergesprungen. So sind die Beschäftigungspläne der Betriebe derzeit meist noch auf Konstanz statt auf Steigerung der Mitarbeiterzahl ausgerichtet. Und auch die Investitionsbereitschaft bleibt zurückhaltend. Zwar hat sich das Investitionsklima etwas verbessert. Dies ist aber vor allem auf notwendige Ersatzinvestitionen zurück zu führen.

Grund für die geringe Investitionsneigung ist neben der nach wie vor nicht gelösten Euro-Staatsschuldenkrise auch eine innenpolitische Debatte. Denn seit einiger Zeit werden zahlreiche Steuererhöhungen diskutiert, die Kauflaune und Investitionsbereitschaft und damit die Wettbewerbsfähigkeit bedrohen.

Für den Stadtbezirk Ulm stellt sich die Erwerbssituation folgendermaßen dar: Insgesamt waren im Oktober 2013 in der Stadt 3.110 Menschen arbeitslos gemeldet. Damit nahm die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Oktober 2012 um 109 Menschen zu. Die Arbeitslosenquote für den Stadtbezirk Ulm lag im Oktober 2013 bei 4,8 %.

1.4 Finanzielle Rahmendaten des Haushalts 2014

Grundsätzlich:

Die Werte der Haushaltsplanung 2014 basieren auf der Steuerschätzung Mai 2013 sowie den Orientierungsdaten des Landes vom 17. Juni 2013.

1.4.1 Finanzpolitische Ziele

Ulm hat zum 01.01.2011 das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) eingeführt. Dieses neue Rechnungswesen folgt dem Ressourcenverbrauchskonzept. Wesentlichste Änderung zum bisherigen System ist, dass zukünftig der laufende Haushalt (Ergebnishaushalt) auch den Werteverzehr (Abschreibungen) des städtischen Vermögens erwirtschaften muss. Hierdurch wird dargestellt, ob die Kommunen tatsächlich in der Lage sind, die dauerhafte Erhaltung und Refinanzierung ihres Vermögens zu erreichen. Schafft es die Kommune, den Ergebnishaushalt auszugleichen, also die laufenden Aufwendungen inkl. der Abschreibungen und Rückstellungen durch laufende Erträge zu decken, so entspricht der Haushalt den neuen gesetzlichen Vorgaben. Sowohl beim Ergebnis 2012 als auch im Nachtrag 2013 wurde der Ausgleich des Ergebnishaushaltes erreicht.

Gemäß dem jetzt vorliegenden Haushalt **2014 schafft Ulm erneut den Haushaltsausgleich und erwirtschaftet im Ergebnishaushalt einen Überschuss von ca. 6,1 Mio. €**. Dies ist sehr erfreulich, jedoch in den künftigen Jahren wegen hoher (mit hohen Folgekosten verbundenen) Investitionen und insbesondere dem Ausbau der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, sowie der Entwicklung im Bereich

der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe nicht dauerhaft gesichert. Die Mittelfristige Finanzplanung geht bereits für das Jahr 2015 von einem negativen ordentlichen Ergebnis aus.

Langfristig bedeutet das Ressourcenverbrauchskonzept des NKHR, dass **Großinvestitionen erhebliche Auswirkungen auf den Ausgleich des Ergebnishaushaltes** haben. Die Abschreibungen und sonstigen Folgekosten solcher Investitionen wirken sich direkt auf den Ausgleich des Ergebnishaushaltes aus. Das gleiche gilt für **Rückstellungen**, die für unterlassene Instandhaltungen insbesondere im Gebäude- und Straßenunterhalt zu bilden sind. Auch diese belasten den Ausgleich des Ergebnishaushaltes bereits in den Jahren, in denen sie festgestellt werden.

Ziel der strategischen Haushaltssteuerung im NKHR ist deshalb:

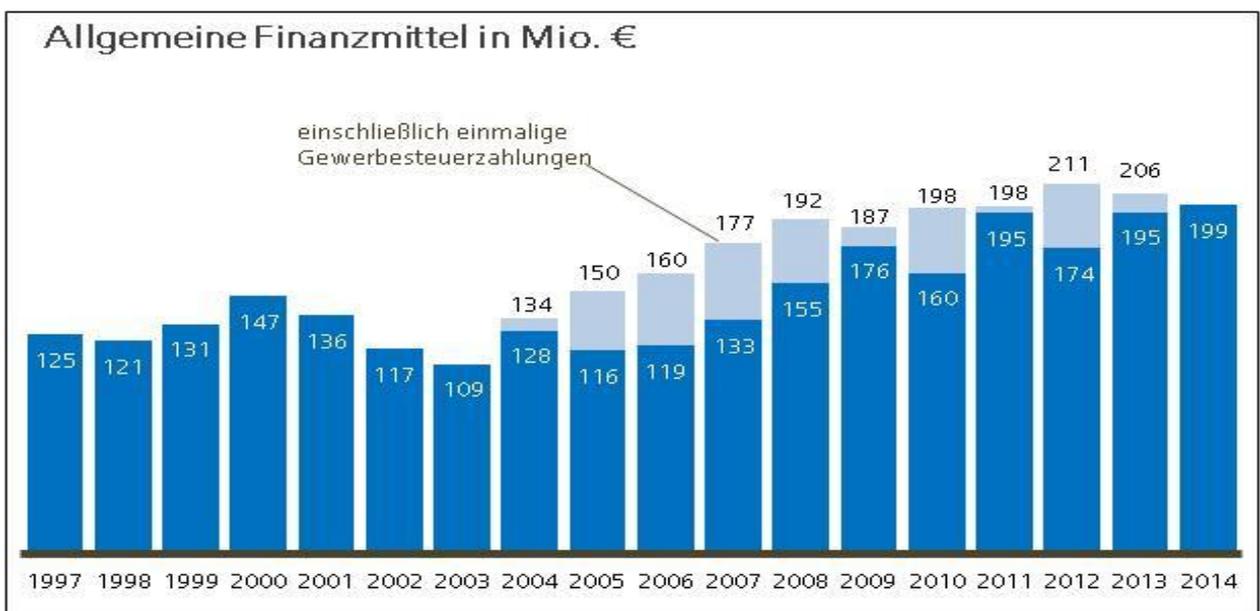
- **mittel- und langfristig und auch unter Berücksichtigung der künftigen Belastungen aus bereits laufenden, notwendigen und geplanten Großinvestitionen den Ergebnishaushalt auszugleichen**
- **für die Sanierung und Instandhaltung des Vermögens kontinuierlich genügend Mittel bereit zu halten**
- **mittel- und langfristig keine neuen Schulden aufzunehmen.**

Nur so gelingt eine nachhaltige Haushaltspolitik, ohne auf Kosten künftiger Generationen zu leben.

1.4.2 Ergebnishaushalt

Allgemeine Finanzmittel

In 2014 stehen **199 Mio. € an Allgemeinen Finanzmitteln** zur Deckung der Fach-/Bereichsbudgets (inkl. Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe), des Gebäudeunterhalts sowie der ordentlichen Abschreibungen zur Verfügung. Gegenüber dem ursprünglichen Haushalt 2013 bedeutet dies eine **Erhöhung um ca. 10 Mio. €**; gegenüber dem Nachtrag 2013 einen Rückgang um 6,6 Mio. €. Dies beruht u.a. auf der derzeit weiterhin stabilen Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage. Insbesondere die in Ulm auch während der Wirtschaftskrise sehr stabilen Gewerbesteuererinnahmen können in 2014 in Höhe von 89 Mio. € geplant werden. In 2014 wird ein deutlicher Rückgang der Ausstattung des Finanzausgleichs prognostiziert. Die Stadt wird mehr in den Finanzausgleich einzahlen, als sie aus ihm erhält. Diese Prognosen sind im Rahmen der Steuerschätzung Mai 2013 und der wirtschaftlichen Entwicklung wegen der wechselhaften Rahmenbedingungen mit Vorsicht in der Planung umzusetzen.



Ermittlung der Fach-/Bereichsbudgets

Im Rahmen der Budgetierung sind den Fach-/Bereichen jeweils eigene Budgets zugeordnet. Diese Zuschussbudgets (ohne Bauunterhalt, Steuerungsumlage, Abschreibungen (netto) sowie kalkulatorische Kosten) entwickeln sich in 2014 wie folgt:

| | |
|---|----------------------|
| Budget 2013 (Nachtrag) | 155.175.550 € |
| Wegfallende einmalige / befristete Sonderfaktoren 2013: | -3.385.600 € |
| Neue befristete Sonderfaktoren 2014 *: | 4.970.150 € |
| Sonstige Budgetänderungen (netto): ** | 1.011.600 € |
| Summe Budgetentwicklung 2014 | <u>2.596.160 €</u> |

Budgetzuschuss 2014 **157.771.700 €**

* inkl. nachträglicher Änderungen bzgl. beschlossener Sonderfaktoren

** hier wirken sich insbesondere die im Rahmen der Eckdatenberatung genehmigten dauerhaften Sonderfaktoren aus. Z.T. sind nachträgliche Änderungen erfolgt (z.B. Umschichtung zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt)

Die Fachbereichsbudgets steigen damit gegenüber dem Nachtrag 2013 um 2,0 %.

Im Einzelnen wurden vom Gemeinderat i.R. der Eckdatenberatung 2014 folgende Sonderfaktoren gewährt:

| | |
|--|---------------------|
| ○ Befristete Sonderfaktoren, die 2014 entfallen | -3.385.650 € |
| ○ einmalige / befristete Sonderfaktoren 2014 | |
| - Verlängerung EU-Projekt "Europe direkt" um 4 Jahre bis Ende 2017; Vorbehalt Genehmigung durch EU | 91.000 € |
| - Schaffung 1,0 Stelle für Projektarbeit bei der Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung - befristet auf 5 Jahre (2013-2017) | 61.000 € |
| - Schaffung 1,0 Stelle für Koordination Internationale Stadt (2013-2017) | 75.000 € |
| - Sachmittel für die Koordinierungsstelle Ulm-Internationale Stadt | 20.000 € |
| - Unterhalt Feldwege in den Ortschaften | 75.000 € |
| - Öffentlichkeitsarbeit - Kosten für Repräsentanten Donaifest 2014 | 30.000 € |
| - 15 zusätzliche Ausbildungsstellen; befristet auf 3 Jahre (2012-2014) | 100.000 € |
| - Projektstelle für social media und ulm 2.0 - befristet auf 3 Jahre | 67.000 € |
| - Laufende Pflege-Microsoft Server und Serverzugriffslizenzen (CALs) | 110.000 € |
| - Neuschaffung einer Stelle für Überarbeitung und Qualitätssicherung der Inhalte im Internet- und Mitarbeiterportal (2014-2016) | 62.000 € |
| - Zusätzliche Stelle für Vergnügungssteuer - 0,5 befristet (2013-2014) | 21.750 € |
| - Landesposaunentag | 10.000 € |
| - Umfrage zur Gefährdungsbeurteilung-psychische Belastung am Arbeitsplatz | 20.000 € |
| - Durchführung von Wahlen 2014 | 226.000 € |
| - Kulturförderung Tanz in Ulm (2013-2015) | 100.000 € |
| - Donaifest 2014 | 270.000 € |
| - Zentrales Kulturmarketing-Fortführung Imagekampagne (2014-2016) | 40.000 € |
| - Zentrales Kulturmarketing (2014-2016) | 141.000 € |
| - Wissenschaftlicher Förderpreis 2014 | 20.000 € |
| - Jugendcamp 2014 | 10.000 € |
| - Ulmer Donaukolleg | 47.000 € |
| - Donau-Pop-Camp 2014 | 30.000 € |
| - Kinder- und Jugendliterartage 2014 | 20.000 € |
| - Münsterjubiläum - Vorlaufkosten 2014 | 601.000 € |

| | |
|--|-----------|
| - Restaurierung bedrohter Archivalien; Gesamtkosten 130.000 € (2012-2015) | 30.000 € |
| - Ausstellung "Erinnern in Ulm - Nationalsozialismus, Krieg..." , Gesamtkosten = 150.000 € (2013-2015) | 80.000 € |
| - Neuschaffung einer Planstelle beim Archiv Sachgebiet Neuzeit | 22.000 € |
| - Restaurierung von Textilien, Steindenkmälern, Beschaffung säurefreier Schachteln, läuft bis 2015 mit je 5.000€/Jahr | 5.000 € |
| - Fortführung der digitalen Inventarisierung der Bestände des Ulmer Museums, 2012 bis 2015 mit je 45.000€/Jahr | 45.000 € |
| - HfG-Archiv digitale Inventarisierung, Verlängerung der kw-Stelle bis 2017 | 21.500 € |
| - Ulmer Museum Forschungsprojekt und Sonderausstellung "Wieder vereint - der Hochaltar aus St. Michael von den Wengen" | 75.000 € |
| - Onleihe (DiViBib) - Online-Ausleihe; für Bestandsaufbau, Verlängerung (2014-2018) und Erhöhung um 20 T € | 47.000 € |
| - Schwerpunktausstellung "Gewalt in Bildern" | 30.000 € |
| - Schwerpunktausstellung 2015 "ulmer weitblick " "Richard Meier und der Münsterturm" Gesamtkosten 100.000 € | 25.000 € |
| - Umsetzung Gefährdungsanalyse 2014 | 67.600 € |
| - Bildungsmesse 2014 | 35.000 € |
| - Ersatzbeschaffung Sportgeräte und Verkehrssicherheitspflicht (2013-2015) | 50.000 € |
| - Unterhalt Sportanlagen (2013-2015) | 250.000 € |
| - Sanierung Donaustadion | 200.000 € |
| - Deutsche Leichtathletikmeisterschaft 2014 | 207.500 € |
| - Tilgung Darlehen Basketball für Sanierung Nelsonhalle über Zuschuss für Sport in vereinseigenen Hallen (2013-2020) | 29.900 € |
| - Eingliederungshilfe - Sachbearbeitung befristet auf 2 Jahre | 35.000 € |
| - Jugendhaus Büchsenstadel Austausch Musikanlage | 10.000 € |
| - Zuschuss Kinderschutzbund Ulm | 12.500 € |
| - Finanzierung eines Teilprojektes Ferienbetreuung im Rahmen von BBE-GS; Vorbehaltlich erfolgreicher Evaluation Projekt 2012 befristet auf 2 Jahre | 65.000 € |
| - Personal f. Abrechnung Betriebskittas (befristet 2013-2016) (KIBU) | 16.000 € |
| - Anpassung der Entgelte für Benutzung des EBU-Fuhrparks, befristet auf 2 Jahre | 40.000 € |
| - Erhöhung Sachaufwand für Kraftfahrzeuge befristet für 2014 | 10.000 € |
| - Neuschaffung einer Planstelle für eine/n Meister/ Bautechniker/in bei der Abteilung Gebäudemanagement (2013-2017) | 61.000 € |
| - Erstellung Bevölkerungsvorausberechnung zur gemeinsamen Nutzung durch KIBU, BD und SUB | 25.000 € |
| - Kommunales Klimaschutzprojekt Ulm - | 85.000 € |
| - Projekt City Bahnhof | 455.400 € |
| - Wissenschaftsstadt Signaletik, Gesamtaufwand 60 T € | 20.000 € |
| - Böschungssicherung gegen Biberaktivität | 200.000 € |
| - Chipkarte DING | 167.000 € |
| - Stadtinterne Projektsteuerung Straßenbahnlinie 2, befristet bis 2019 | 200.000 € |
| - Wenigereinnahmen bei den Verwaltungsgebühren infolge des Wegfalls gesetzlicher Aufgaben seit 2012 | 100.000 € |

4.970.150 €

○ **Dauerhafte Sonderfaktoren 2014 ff.**

| | |
|--|--------------------|
| - Wegfall Mieterträge wegen Flächenverkauf | 250.000 € |
| - Schaffung eines Ausbildungsplatzes für das Berufsbild Bürokauf- frau/-mann | 20.000 € |
| - Laufende Pflege Mobile Device Management-Lösung | 40.000 € |
| - Schaffung einer Dauerhaften Stelle für das Sachgebiet Haushalt | 73.000 € |
| - Sachausgaben für "Social Media" | 30.000 € |
| - Neuschaffung einer Sachbearbeiterstelle "Social Media" | 65.000 € |
| - Umwandlung kw-Stelle-Gefährdungsbeurteilung für alle Arbeitsplät- ze in unbefristete Stelle | 85.000 € |
| - Schaffung einer Stelle SAP-HR Fachkompetenz | 71.000 € |
| - Zusätzliches Angebot an Krippenplätzen und der SWU-Krippe | 35.000 € |
| - Gesetzliche Erhöhung der Verwarnungsgelder bei Überschreitung der Parkzeit an Parkautomaten | -300.000 € |
| - Umstrukturierung Einbürgerungsstelle | 50.000 € |
| - Projektfinanzierung Münsterjubiläum Personalaufwendungen | 54.000 € |
| - Allgemeine Projektförderung im Bereich Kultur, Erhöhung um 30 T€ | 30.000 € |
| - Musikförderung: Projektförderung | 60.000 € |
| - Stadtverband für Musik und Gesang | 110.000 € |
| - Musikschule - Erhöhung der Honorare der Lehrbeauftragten | 20.000 € |
| - Umsetzung Stufenplan Anstellungsmodalitäten Lehrkräfte | 20.000 € |
| - Zusätzliche Sachbearbeiterstelle - Ganztagsbetreuung | 71.000 € |
| - Bildungsnetzwerk Ulm/Neu-Ulm | 10.000 € |
| - Ausweitung des städtischen Schulschwimmkonzeptes auf zwei weitere Schulen | 18.000 € |
| - Basketball Ulm/Neu-Ulm e.V. - hauptamtlicher Trainer für Jugend und Nachwuchs | 18.500 € |
| - Eingliederungshilfe Fallmanagement - Wegfall kw-Vermerk bei 1,25 Stellen | 90.500 € |
| - Kinderschutzstelle Aufstockung der Personalausstattung | 27.600 € |
| - BAV - Aufstockung wegen Gesetzesänderung, Streichung kw- Vermerk | 91.000 € |
| - Ausbau Schulsozialarbeit, Streichung kw-Vermerk | 30.000 € |
| - Kommunalen Sozialer Dienst, Streichung kw-Vermerk | 66.000 € |
| - Wirtschaftliche Jugendhilfe, Streichung kw-Vermerk | 73.000 € |
| - Organisationsentwicklung i.R. Ausbauoffensive (Verwaltung KITA) | 250.000 € |
| - Schaffung von vier Ausbildungsstellen PIA | 52.000 € |
| - Kommunale Beschäftigungsförderung- Reduzierung entsprechend der Inanspruchnahme | -200.000 € |
| - Wonnemar - Erhöhung des Instandhaltungszuschusses an Inter SPA 2014 | 70.000 € |
| - Anpassung der Entschädigungssätze für Mitglieder der FFW | 10.000 € |
| - BHKW - Anpassung der Verkaufserlöse und Energiekosten | -110.000 € |
| - Bewirtschaftung neuer und zusätzlicher städtischer Liegenschaften | 279.500 € |
| - Stromkosten Straßen, Mehrbedarf wegen Stromtarifierhöhung und erhöhtem Strombedarf für sanierten Tunnel | 80.000 €* <hr/> |
| | 1.640.100 € |
| Summe Sonderfaktoren | 3.224.600 € |

* i.R. des Nachtrags 2013 wurde bereits ein Teilbetrag veranschlagt

Sozialhilfeaufwendungen

Der Zuschussbedarf für die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe ist seit dem Jahr 2000 bis 2011 um 24 Mio. € auf 45 Mio. € gestiegen. Im Jahr 2012 ist erstmals eine Verringerung eingetreten, bereits mit dem Nachtrag 2013 wird jedoch eine erneute Steigerung auf 45,4 Mio. € erwartet.

Für das Jahr 2014 wird gegenüber dem Nachtrag 2013 eine weitere Erhöhung um rd. 0,3 Mio. € prognostiziert.

Diese Entwicklung wird insbesondere durch zwei Faktoren verursacht:

- Höhere Bundesbeteiligung bei der Finanzierung der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte (SGB XII) sowie an den Leistungen i.R. des Bildungs- und Teilhabepakets
- Ausgabeanstieg bei der Eingliederungshilfe sowie der Hilfe zur Pflege

Bei der Übertragung der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte auf die Kommunen zum 01.01.2003 wurde vom Bund eine Erstattung der hierdurch zusätzlich entstehenden Kosten zugesagt. Entgegen den damaligen Zusagen betrug die Bundesbeteiligung zunächst nur 16 %. Zum 01.01.2012 wurde sie auf 45 % angehoben.

Zum 01.01.2014 steigt die Bundesbeteiligung auf 100 % der Nettoaufwendungen des laufenden Jahres. Hierdurch ergeben sich gegenüber 2013 Entlastungen für den städtischen Haushalt, die aber durch die erwartete deutliche Aufwandssteigerung aufgrund höherer Fallzahlen und höherer Aufwendungen pro Fall im Bereich der Eingliederungshilfe mehr als kompensiert werden.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) wird gegenüber 2013 insbesondere aufgrund der Reduzierung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, sowie der Preissteigerung der Miete und Nebenkosten eine Erhöhung der Nettoaufwendungen erwartet.

Die dargestellten Ansätze für Sozialhilfeaufwendungen sind natürlich mit Risiken verbunden. Insbesondere die Fallzahlensteigerungen im Bereich der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege können ein Nachsteuern bei der Nachtragsplanung im Herbst 2014 erforderlich machen.

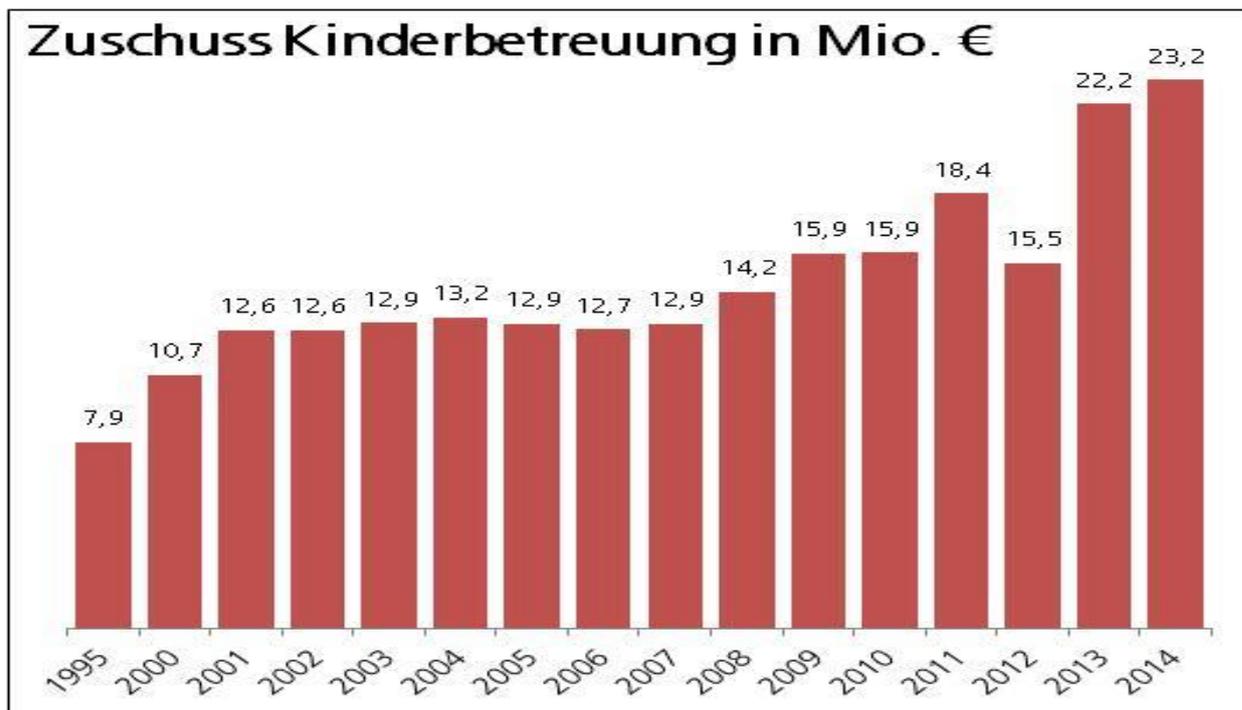
Im Jahresvergleich zeigt die Sozial- und Jugendhilfe folgende Entwicklung:

| | |
|----------------|-------------|
| Ergebnis 2006: | 40,9 Mio. € |
| Ergebnis 2007: | 40,4 Mio. € |
| Ergebnis 2009: | 44,2 Mio. € |
| Ergebnis 2010: | 44,8 Mio. € |
| Ergebnis 2011: | 45,0 Mio. € |
| Ergebnis 2012: | 44,2 Mio. € |
| Nachtrag 2013: | 45,4 Mio. € |
| Plan 2014: | 45,7 Mio. € |

Kinderbetreuung

Aufgrund des Paktes zwischen dem Land und den Kommunen für Familien und Kinder stehen ab 2012 höhere Zuweisungen aus dem Finanzausgleich für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung. Der Zuschussbedarf reduzierte sich dadurch in 2012 auf rd. 15,5 Mio. €.

Im Haushaltsplan 2013 wurde eine deutliche Erhöhung auf 22 Mio. € veranschlagt. Es zeichnet sich ab, dass die Mittel in 2013 nicht in voller Höhe benötigt werden. Da die aktuelle Ausbauoffensive jedoch eine erhebliche planerische Unsicherheit verursacht, erfolgt im Nachtrag keine Anpassung. Im Haushalt 2014 werden deshalb nur die weiteren Sonderfaktoren umgesetzt, die über den Status quo hinausgehen. Aufgrund der Veränderung der ordentlichen Aufwendungen verändert sich auch die Belastung aus den internen Verrechnungen. Diese ist im Haushaltsplan 2014 ebenfalls veranschlagt. Wenn alle KITA-Gruppen sowohl in Trägerschaft der Stadt als auch von freien und kirchlichen Trägern realisiert und in Betrieb sind, erfolgt im Laufe des Jahres 2014 eine Neukalkulation auf Basis der Istzahlen.



Personalaufwendungen

Bei der Beamtenbesoldung 2014 erfolgt ab dem 01.01.2014 eine tarifliche Erhöhung um 2,45 % für die Besoldungsgruppen ab A12, ab dem 01.07.2014 eine Erhöhung um 2,75 % für die Besoldungsgruppen bis einschließlich A9 und ab dem 01.10.2014 eine Erhöhung um 2,75 % für die Besoldungsgruppen A10 und A11.

Da die tariflichen Änderungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (TVöD) für 2014 sowie für die Sondertarifverträge des Theaters für 2014 nicht bekannt sind, wurde bei der Kalkulation der Personalaufwendungen 2014 eine Erhöhung um 2 % unterstellt.

Insgesamt belastet dies den städtischen Haushalt 2014 mit zusätzlichen 1.561 Mio. €.

Darüber hinaus haben die Fachbereiche für 2014 in erheblichem Umfang neue Stellen als Sonderfaktor beantragt. Insbesondere das für den Ausbau der Kinderbetreuung notwendige neue Personal bei den städtischen Kindertageseinrichtungen belastet den städtischen Haushalt 2014 zusätzlich mit 2,82 Mio. €.

Insgesamt steigen die Personalaufwendungen gegenüber dem ursprünglichen Ansatz 2014 um 5,4 Mio. € auf 107,4 Mio. €.

Eingriffe Bund und Land

Die Kommunalhaushalte werden seit Jahren durch neue Gesetze von Bund und Land massiv zusätzlich belastet. Diese Belastungen haben sich bis zum Jahr 2010 auf 30 Mio. € jährlich gesteigert. Allein in den Jahren 2004 bis einschließlich 2010 fehlen dem städtischen Haushalt damit rd. 80 Mio. €.

Seit 2012 sind jedoch auch Entlastungen zu verzeichnen. Insbesondere die erhöhten Landeszuschüsse im Bereich Kinderbetreuung / Ausbau der Ganztagesbetreuung sowie die erhöhten Bundeszuschüsse im Bereich der Grundsicherung für Ältere machen sich positiv bemerkbar.

Allerdings ist weiterhin kritisch zu beobachten, inwieweit diese Entwicklungen nachhaltig sind.

Steuern, Gebühren

Der Haushalt 2014 sieht keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer vor. Auch die sonstigen Steuern werden nicht erhöht.

Die Gebühren werden - im Rahmen der Leitlinien – der Kostenentwicklung angepasst. Gebührenerhöhungen sind grundsätzlich dem Gemeinderat vorzulegen.

Ausgleich des Ergebnishaushaltes

Für die Beurteilung der Gesetzmäßigkeit des Haushalts im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (NKHR) ist relevant, ob es gelingt die ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes einschließlich Abschreibungen und Rückstellungen durch ordentliche Erträge zu decken. Ziel dieser Regelung ist es, zu gewährleisten, dass jede Generation die von ihr verbrauchten Ressourcen durch entsprechende Erträge wieder ersetzt und damit nicht die künftigen Generationen belastet.

Im Haushalt 2014 wird der Haushaltsausgleich erreicht. Der Ergebnishaushalt weist einen Überschuss von rd. 6,1 Mio. € aus. D.h. die Anforderungen des NKHR werden im Haushalt 2014 erfüllt.

1.4.3 Finanzhaushalt, Schulden

Die städtischen Investitionen werden im Finanzhaushalt dargestellt. Die in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellten „Großinvestitionen“ haben ein Investitionsvolumen von über 200 Mio. €. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von kleineren Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

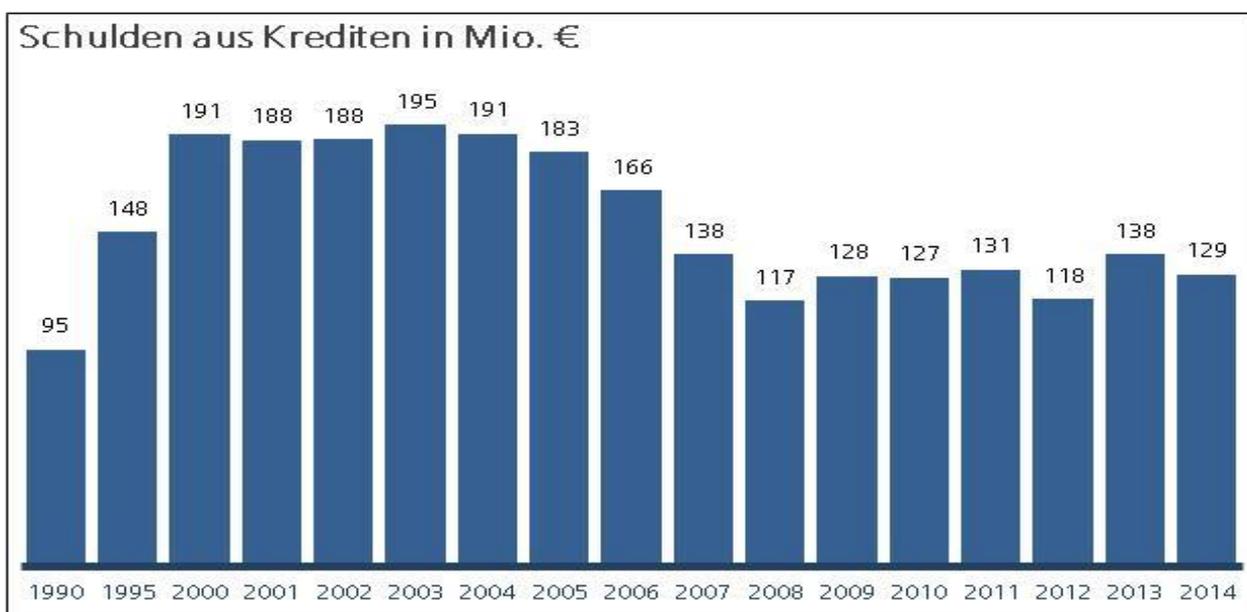
Das Investitionsvolumen im Haushalt 2014 liegt bei 87,5 Mio. € und damit um ca. 5,9 Mio. € über der beschlossenen Finanzplanung (2012-2016).

Da die Bauverwaltung neben den Investitionsmaßnahmen in 2014 rd. 20,7 Mio. € an laufenden Unterhaltungsmitteln abzarbeiten hat, wird hier eine Kapazitätsgrenze erreicht.

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Bauverwaltung durch ein entsprechendes Baustellenmanagement dafür zu sorgen, dass trotz der Vielzahl der Baumaßnahmen, die insbesondere auch den innerstädtischen Verkehrsraum betreffen, die Leistungsfähigkeit des Verkehrs möglichst wenig beeinträchtigt wird.

Nach der vorliegenden Planung kann die Verschuldung in 2014 um 9 Mio. € zurückgeführt werden. Es ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Die Verschuldung sinkt damit auf ca. 129 Mio. €.

Allerdings werden zur Finanzierung in 2014 den vorhandenen "Sparbüchern" (WIP, Verkehrsentwicklung und Reduzierung Neuverschuldung) rd. 14,2 Mio. € entnommen.



1.4.4 Haushaltskonsolidierung / Strukturmaßnahmen

Der Gemeinderat hat am 15.07.2009 (GD 233/09) beschlossen, verteilt über die Jahre 2010 - 2012 den Ergebnishaushalt dauerhaft um 5 Mio. € zu konsolidieren. Davon waren 4,5 Mio. € von den Fach-/Bereichen zu erbringen. Die Konsolidierung wurde mit dem Haushalt 2012 abgeschlossen. Für 2013 und 2014 wurde keine erneute Konsolidierung beschlossen.

1.4.5 Dauerhaftes Sanierungsprogramm (bisher Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm)

Das bisherige Wachstums- und Impulsprogramm (WIP) mit einem Volumen von 35 Mio. € lief Ende des Jahres 2011 aus. Im Rahmen des Eckdatenbeschlusses für 2012 hat der Gemeinderat im Juni 2011 (GD 213/11) die dauerhafte Fortführung des WIP-Programms als Sanierungsprogramm beschlossen.

In 2014 werden wie auch in den Jahren 2012 und 2013 für das Sanierungsprogramm 6,4 Mio. € zur Verfügung gestellt.

1.4.6 Risiken im Haushaltsplan 2014

Ob und wie lange die guten kommunalen Haushaltslagen anhalten werden, kann derzeit nur sehr schwierig abgeschätzt werden.

Risiken bestehen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Wegbrechende Steuereinnahmen als Folgen einer Finanz- und Wirtschaftskrise
- Entwicklung der Sozialausgaben (steigende Fallzahlen insb. im Bereich der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege; steigende Entgelte)
- Ausweitung von vorhandenen, sowie neue Aufgaben (Ausbau Kinderbetreuung, Ganztagesbetreuung)
- Belastung durch neue, große Investitionsprojekte - Investitionsbedarf sowie Folgekosten
- Ertragsschwäche der Stadtwerke und damit verbunden eine potentielle Komplementärfinanzierung der Stadt wegen des Ausbaus des ÖPNV/SPNV.

2. Erläuterungen zum Haushaltsplan 2014

2.1 Ergebnishaushalt

2.1.1 Überblick über den Ergebnishaushalt

| | |
|--|---------------------|
| Veranschlagtes Gesamtergebnis | 6.086.800 € |
| <i>Bereinigung:</i> | |
| - Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen | - 931.400 € |
| - Auflösung von Beiträgen und Ertragszuschüssen | -5.246.950 € |
| - Abschreibungen | 31.408.450 € |
| Bereinigtes veranschlagtes Gesamtergebnis | 31.316.900 € |

Nach den Übergangsvorschriften zur Einführung des NKHR können bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2019 die bisherigen Regelungen zum Haushaltsausgleich sinngemäß angewendet werden (Art. 13, Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts):

Bei Anwendung der bisherigen Regelungen zum Haushaltsausgleich ergäbe sich eine Zuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt von 31,3 Mio. €. Die Kredittilgung 2014 beläuft sich auf 9,0 Mio. €. Die gesetzliche Mindestzuführungsrate wäre damit erreicht und eine Nettoinvestitionsrate von 22,3 Mio. € erwirtschaftet worden. **Demnach liegt für 2014 ein gesetzmäßiger Haushalt vor.**

Der Haushalt ist jedoch **erst dann nachhaltig im Sinne des NKHR, wenn die Abschreibung** abzüglich der Eigenleistungen, Bestandsveränderungen und der Beträge und Ertragszuschüsse **durch Erträge gedeckt sind**. D.h. die ordentlichen Erträge müssen mindestens so hoch sein wie die ordentlichen Aufwendungen. Auch dies ist in 2014 der Fall. D.h. auch nach den Regelungen des NKHR liegt ein gesetzmäßiger Haushalt vor.

Dennoch ist auch in Ulm weiterhin ein **Sanierungsstau in der Infrastruktur**, wie z.B. bei Schulgebäuden

und Straßen vorhanden. Der Abbau dieses Sanierungsstaus durch Investitionen in Form von Generalsanierungen führt zu zusätzlichen Abschreibungen, die den Ausgleich des Ergebnishaushalts künftig nachhaltig beeinflussen.

Nachfolgend werden die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten erläutert.

2.1.2 Erläuterung der einzelnen Ertragsarten

a) Überblick

| Ertragsarten | 2014 T€ | 2013 T€ | 2012 T€ |
|--|------------|------------|------------|
| 1 Steuern und ähnliche Abgaben | 185.970 | 207.160 | 231.088 |
| 2 Laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) | 93.486 | 112.564 | 92.522 |
| 3 Sonstige Transfererträge | 4.660 | 4.980 | 4.607 |
| 4 Gebühren und ähnliche Abgaben | 24.682 | 24.568 | 24.710 |
| 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte | 20.517 | 20.207 | 21.598 |
| 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 12.956 | 11.279 | 8.306 |
| 7 Zinsen und ähnliche Erträge | 3.030 | 3.045 | 8.402 |
| 8 Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen | 931 | 1.542 | 1.726 |
| 9 Sonstige ordentliche Erträge | 39.839 | 16.501 | 44.290 |
| 10 Ordentliche Erträge | 386.071 | 401.846 | 437.249 |

b) Steuern und ähnliche Abgaben (185.470 T€)

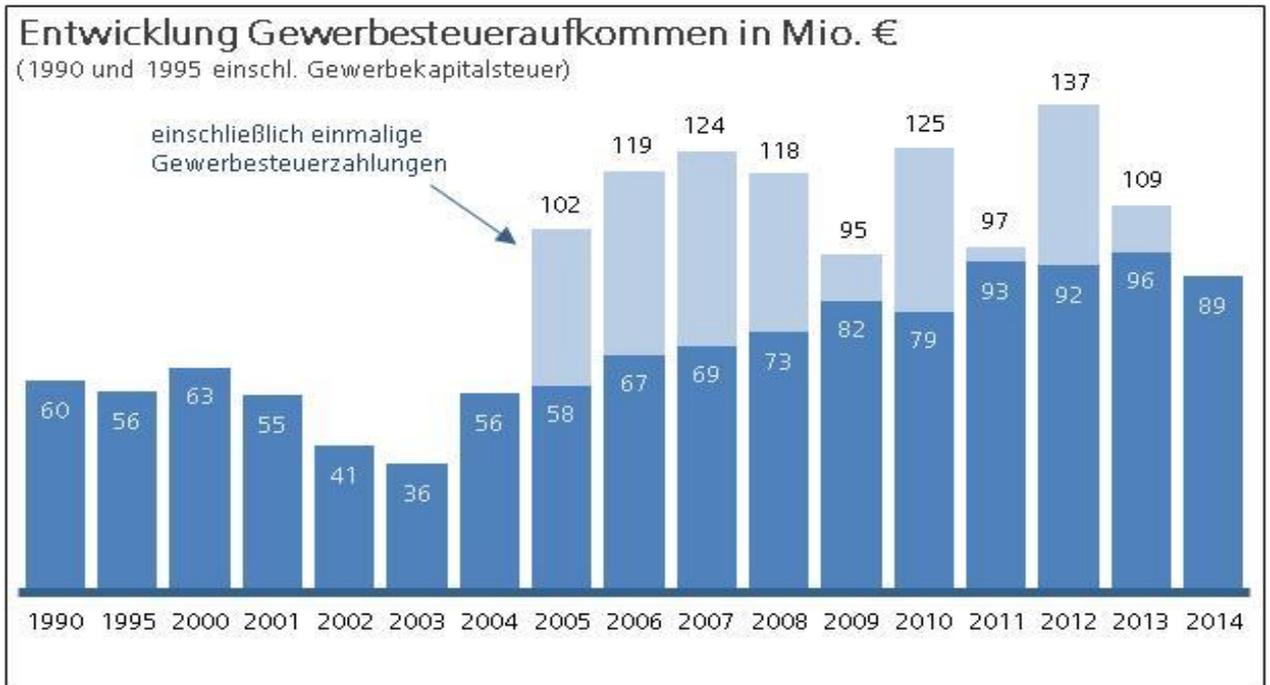
Grundsteuer B:

| | |
|--|----------|
| Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2013 | 479 v.H. |
| Hebesatz in Ulm 2014 | 430 v.H. |

Gewerbsteuer:

2005 bis 2012 enthält die Gewerbesteuer erhebliche einmalige Zahlungen einzelner Gewerbesteuerzahler. Für 2014 wird davon ausgegangen, dass das Niveau der regelmäßigen Gewerbesteuereinnahmen gehalten werden kann. Damit geht die Stadt Ulm von einem **weiterhin hohen Niveau der laufenden Gewerbesteuererträge** aus.

Das Gewerbesteueraufkommen hat sich wie folgt entwickelt:



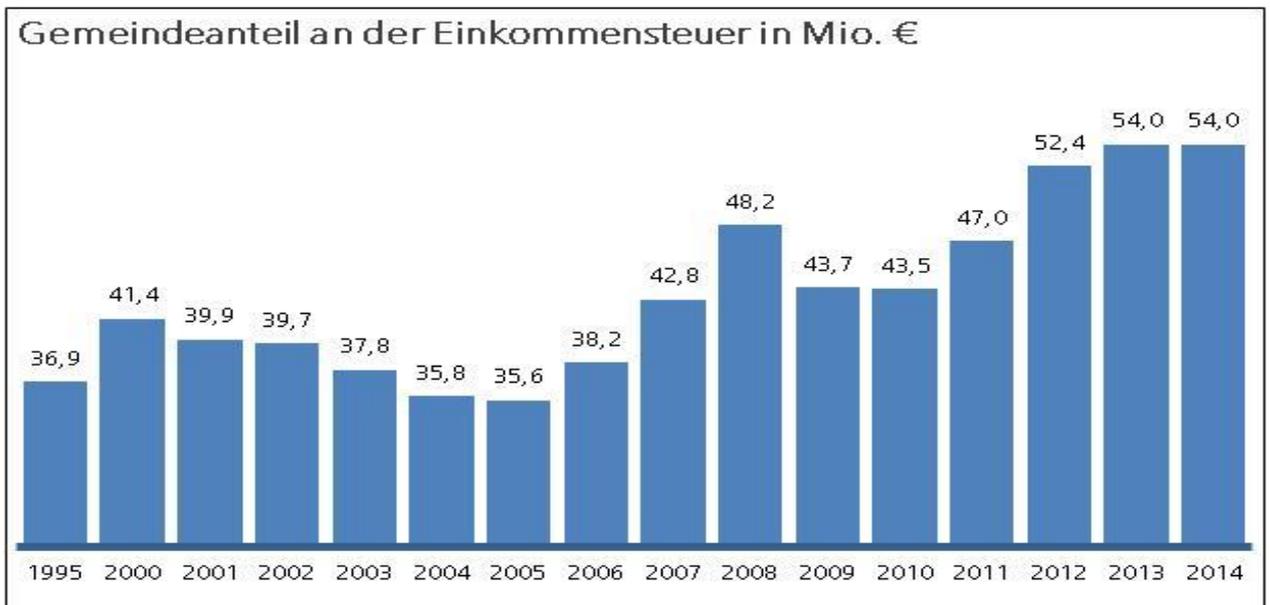
Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2013

402 v.H.

Hebesatz in Ulm 2014 (seit 1994)

360 v.H.

Die Gemeinden erhalten 15 v.H. der in Baden-Württemberg erzielten Lohn- und **Einkommensteuer** und 12 v.H. vom Zinsabschlag. Der Gemeindeanteil wird aufgrund von Schlüsselzahlen, die alle 3 Jahre neu festgelegt werden, auf die Gemeinden verteilt. Diese lautet ab 2012 für die Stadt Ulm 0,0113101. Dadurch wurde im Haushalt 2013 eine Erhöhung auf 54 Mio. € veranschlagt. Der Ansatz 2014 bleibt unverändert bei 54 Mio. €. Damit entwickelt sich der Einkommensteueranteil wie folgt:



Als Ersatz für die zum 01.01.1998 abgeschaffte Gewerbekapitalsteuer erhalten die Gemeinden einen Anteil von 2,2 v.H. aus der **Umsatzsteuer**, der nach einem festen Verteilungsschlüssel auf die Gemeinden verteilt wird. 2014 wird auf Grundlage der Steuerschätzung vom Juni 2013 für die Gemeinden Baden-Württembergs von einem Umsatzsteueraufkommen von rd. 566 Mio. € ausgegangen (Haushaltserlass des Landes vom 17.06.2013). Für Ulm wurde der Ansatz 2014 um 0,1 Mio. € auf 10,6 Mio. € erhöht.

Die Einnahmen aus **sonstigen Steuern** setzen sich aus der Vergnügungssteuer (2.300 T€) und der Hundesteuer (270 T€) zusammen. Der Gemeinderat hat im Oktober 2012 (GD 900/12) über die Änderung der Vergnügungssteuer beraten. Es wurde einer Erhöhung des Steuersatzes für Geldspielgeräte und der Einführung zur Besteuerung von Bordellen zugestimmt.

Die Leistungen nach dem **Familienleistungsausgleich** betragen in Baden-Württemberg für 2014 voraussichtlich 434 Mio. €. Der Betrag wird nach der für die Aufteilung des Einkommensteueranteils maßgeblichen Schlüsselzahl verteilt. Für Ulm ergibt sich wie 2013 ein Planansatz von 4,8 Mio. €.

c) Laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) (93.486 T€)

| Art der Zuwendung | 2014 T€ | 2013 T€ | 2012 T€ |
|---|---------------|----------------|---------------|
| Schlüsselzuweisungen | 33.300 | 47.500 | 27.245 |
| Kommunale Investitionspauschale | 4.500 | 5.500 | 4.370 |
| Wahrnehmung von Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde | 2.250 | 2.250 | 2.280 |
| Zuweisung vom Land aus der Grunderwerbsteuer | 5.000 | 5.000 | 6.578 |
| Lfd. Zuweisungen vom Land | 38.228 | 37.861 | 37.717 |
| Lfd. Zuweisungen vom Bund, Gemeinden/-verbänden u. sonstigen | 461 | 534 | 962 |
| Leistungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitslose | 4.500 | 5.000 | 4.370 |
| Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen | 5.247 | 8.919 | 9.000 |
| Summe | 93.486 | 112.564 | 92.522 |

Die **Schlüsselzuweisungen** (mangelnde Steuerkraft, Stadt als Stadtkreis, kommunale Investitionspauschale) sowie die Zuweisungen für die **Wahrnehmung der Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde** wurden auf Grundlage des Haushaltserlasses des Landes vom 17.06.2013 veranschlagt. Aufgrund des erhöhten Gewerbesteueraufkommens in 2012 verringern sich die Schlüsselzuweisungen in 2014 um 14,2 T€.

Das Land überlässt den Stadt- und Landkreisen 38,85 v.H. der in ihrem Gebiet aufkommenden **Grunderwerbsteuer**.

Die **laufenden Zuweisungen vom Land** setzen sich wie folgt zusammen:

| | Plan 2014 T€ | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ | 2014 zu 2013 v.H. | 2013 zu 2012 v.H. |
|-----------------------------|--------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Sachkostenbeiträge Schulen | 13.119 | 13.119 | 13.399 | 0 | -2,1 |
| Zuweisungen Kinderbetreuung | 13.017 | 13.017 | 13.027 | 0 | -0,1 |
| Theater | 4.384 | 4.292 | 4.336 | 1,0 | -1,0 |
| Schülerbeförderung | 2.660 | 2.660 | 2.664 | 0 | -0,2 |
| Soziallastenausgleich | 1.500 | 1.200 | 1.003 | 25,0 | 19,6 |
| Unterhaltung der Straßen | 1.094 | 1.094 | 1.119 | 0 | -2,2 |
| Altlastensanierung | 525 | 525 | 392 | 0 | 33,9 |
| Sonstige Zuweisungen | 1.930 | 1.954 | 1.778 | -1,2 | 10,0 |
| Gesamt | 38.228 | 37.861 | 37.717 | 1,0 | 0,4 |

Bei den **sonstigen Zuweisungen** des Landes sind insbesondere Zuweisungen für den ÖPNV, für die Eingliederung von Sonderbehörden sowie für verschiedene Projekte berücksichtigt.

Bei der Abschreibung von Vermögensgegenständen darf nur der um erhaltene Zuschüsse gekürzte Betrag zugrunde gelegt werden. Die Stadt wendet dazu die sog. Bruttomethode an, d.h. die gesamten Anschaffungs-/ Herstellungskosten fließen in die Abschreibung des Anlageguts ein (= Aufwand), im Gegenzug werden die erhaltenen Zuschüsse jährlich in Höhe des Abschreibungssatzes aufgelöst und als Ertrag bei der Position **Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen** verbucht.

d) Sonstige Transfererträge (4.660 T€)

Die **sonstigen Transfererträge** enthalten Ersatzleistungen und Kostenbeiträge im Rahmen der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe. Dazu wird auf Ziff. 2.1.3 f) verwiesen.

e) Gebühren und ähnliche Abgaben (öffentlich-rechtliche Entgelte) (24.682 T€)

Die **Gebühren** sind entsprechend den Grundsätzen des § 78 Abs. 2 Nr. 1 Gemeindeordnung in Verbindung mit §§ 11 und 14 Kommunalabgabengesetz der Kostenentwicklung anzupassen. Entsprechend den Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung sind die Gebührenhaushalte daraufhin jährlich zu überprüfen. Nähere Informationen zu den einzelnen Gebührenhaushalten sind in den Vorberichten der Fach-/Bereiche enthalten.

f) Privatrechtliche Leistungsentgelte (20.517 T€)

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** sind insbesondere Mieten (3.095 T€), Pachten (2.108 T€), Nutzungsentgelte (1.218 T€), Erbbauzinsen (1.103 T€), Verkaufserlöse (9.044 T€) und Ersätze (3.198 T€) enthalten. Die Verkaufserlöse beinhalten insbesondere die Leistungsentgelte des Baubetriebshofs mit 7.179 T€.

g) Kostenerstattungen und Kostenumlagen (12.956 T€)

Aus dem Bereich der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe sind bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** Erträge von 8.275 T€ enthalten. Die Erstattungen vom Land (1.251 T€) enthalten im Wesentlichen Erstattungen im Rahmen der Verwaltungsreform des Landes (963 T€). Bei den Erstattungen vom Bund handelt es sich u.a. um die Erstattung für die Europawahl 2014 (62 T€). Bei den Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden (1.957 T€) sind überwiegend Erträge aus Erstattungen für Kinderbetreuung (307 T€), für Schulen von den Mitträgern (740 T€), für die Schülerbeförderung (265 T€), für Eislaufanlage, Donauerlebnisbad und Donaufreibad (359 T€) sowie für Leistungen der Feuerwehr, insbes. Leitstelle (220 T€) enthalten.

h) Zinsen und ähnliche Erträge (3.030 T€)

Hier sind Zinserträge mit 2.630 T€ sowie Bürgschaftsprovisionen in Höhe von 400 T€ enthalten.

i) Aktivierte Eigenleistungen (931 T€)

Aufwendungen, die zur Erstellung von Anlagevermögen eingesetzt werden, sind auf die jeweilige Investitionsmaßnahme zu verrechnen. Für 2014 wurden **aktivierte Eigenleistungen** bei der Abteilung Gebäudemanagement veranschlagt. Die bisherige Veranschlagung von Aktivierten Eigenleistungen auch bei Zentrale Steuerung Te@m IT ist nach den Vorschriften des NKHR nicht mehr möglich. Die konzeptionellen Grundlagen für die Aktivierung von Eigenleistungen sind noch nicht vollständig erarbeitet, insbesondere sind noch Regelungen für die Aktivierung von Eigenleistungen bei der Herstellung von Straßen und Ingenieurbauwerken sowie bei LI (Grundstückserwerb) zu erarbeiten.

j) Sonstige ordentliche Erträge (39.839 T€)

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** setzten sich im Wesentlichen aus Konzessionsabgaben (7,5 Mio. €) sowie Bußgeldern, Säumniszuschlägen und Mahngebühren (5,7 Mio. €) und der Auflösung der Rückstellung zum Ausgleich der Belastungen im Finanzausgleich in Höhe von 26,5 Mio. € zusammen.

2.1.3 Erläuterung der einzelnen Aufwandsarten

a) Überblick

| Aufwandsarten | Plan 2014 T€ | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ |
|--|--------------------|------------------------|------------------------|
| 11 Personalaufwendungen | -107.330 | -101.947 | -96.553 |
| 12 Versorgungsaufwendungen | -50 | -50 | -54 |
| 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -63.092 | -66.909 | -60.469 |
| 14 Planmäßige Abschreibungen | -31.408 | -30.829 | -29.671 |
| 15 Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -4.300 | -4.303 | -4.687 |
| 16 Transferaufwendungen | -159.913 | -165.583 | -183.232 |
| 17 Sonstige ordentliche Aufwendungen | -13.892 | -14.221 | -15.443 |
| 18 Ordentliche Aufwendungen | -379.985 | -383.842 | -390.109 |

b) Personal- und Versorgungsaufwendungen (107.380 T€)

Entwicklung der Personalstellen:

Für folgende Stellen sind Personalaufwendungen veranschlagt:

| | 2013 | Zugang | Abgang | Umwandlung** | Saldo | 2014 |
|--------------|----------|--------|--------|--------------|-------|----------|
| Beamte* | 401,66 | 5,00 | 0,00 | 1,50 | 6,50 | 408,16 |
| Beschäftigte | 1.499,00 | 65,90 | -14,00 | -1,50 | 50,40 | 1.549,40 |
| Summe | 1.900,66 | 70,90 | -14,00 | 0 | 56,90 | 1.957,56 |

* ohne Leerstellen (Stellen für beurlaubte Beamte/innen)

** Saldo der Umwandlungen (Verschiebungen durch Stellenumwandlungen bei den Beamten und Beschäftigten)

Die Stellenzahl erhöht sich per Saldo um 56,90 Stellen.

Stellenneuschaffungen ergeben sich

- im Bereich Zentrale Steuerung
 - ZS/F; Sachbearbeitung +1,00
 - ZS/T; Sachbearbeitung "Dienstleistung Portalaktivitäten" +1,00
- im Bereich Zentrale Dienste
 - ZD/ÖA; Sachbearbeitung "Sozial Media" +1,00
- im Fachbereich Kultur
 - AR; Sachbearbeitung +0,60
 - MS; Musikschullehrer/innen + 2,00
- im Fachbereich Bildung und Soziales
 - ABI; Sachbearbeitung "Eingliederungshilfe" +0,50
 - ABI; Sachbearbeitung "Ressourcenmanagement" +1,50
 - ABI; Sachbearbeitung "Bildung und Teilhabe" +1,50
 - ABI; Sachbearbeitung "Verfahrensadministration Prosoz" +0,25
 - ABI; Sachbearbeitung "Koordinierungsstelle Frühe Hilfen" +0,40
 - ABI; Sozialraumorientierung; Verw. Sekretariat Wiblingen +0,25
 - KITA; Teamleitungsstelle "Mitte/Ost" +0,50

| | |
|---|--------|
| - KITA; Teamleitungsstelle "West" | +0,50 |
| - KITA; Teamleitungsstelle "Eselsberg" | +0,50 |
| - KITA; Teamleitungsstelle "Wiblingen" | +0,50 |
| - KITA; Sachgebietsleitung "Finanzen und Organisation" | +1,00 |
| - KITA; Sachgebietsleitung SG 1 (Stellenaufstockung) | +0,50 |
| - KITA; Stellen für Erzieher/innen | +37,10 |
| - KITA; Leitungsstellen für neue Einrichtungen (JU-Am Schulhaus, EI- Am Bürgele, Friedensstraße, LE-Stöcklenstr.) | +4,00 |
| - KITA; stv. Leitungsstellen (dto.) | +4,00 |
| - KITA; Heilpädagoge/in (dto.) | +1,00 |
| - KITA; "Küchenhilfe" (dto. und bestehende KITA) | +4,30 |
| - BS; Sachbearbeitung "Ganztagesbetreuung und Projekte" | +1,00 |
| • im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt | |
| - VGV/ME; Sachbearbeitung | +1,00 |
| • im Bereich Bürgerdienste | |
| - BD III; Sachbearbeitung "Staatsangehörigkeitswesen" | +0,50 |
| - BD V; „Tierarzt/Tierärztin" | +0,50 |
| - BD V; Stellen „Amtliche Fachassistent/innen für Fleischuntersuchung“ | +3,00 |
| - BD V; Sachbearbeitung "Lebensmittelüberwachung" | +1,00 |

Stellenstreichungen ergeben sich

| | |
|--|--------|
| • im Fachbereich Bildung und Soziales (Realisierung von kw-Vermerken und Streichung konsolidierter Stellen) | -14,00 |
|--|--------|

Außerdem werden 2,50 Beschäftigtenstellen in Beamtenstellen und 1,00 Beamtenstellen in Beschäftigtenstellen umgewandelt.

Entwicklung der Personalaufwendungen

Die tarifliche Erhöhung der Beamtenbesoldung 2014 steht fest. Ab dem 01.01.2014 erfolgt eine Erhöhung um 2,45 % für die Besoldungsgruppen ab A12, ab dem 01.07.2014 die Erhöhung um 2,75 % für die Besoldungsgruppen bis einschließlich A9 und ab dem 01.10.2014 die Erhöhung um 2,75 % für die Besoldungsgruppen A10 und A11.

Da die tariflichen Änderungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (TVöD) für 2014 sowie für die Sondertarifverträge des Theaters für 2014 nicht bekannt sind, wurde bei der Kalkulation der Personalaufwendungen 2014 eine Erhöhung um 2 % unterstellt.

Die tarifliche Steigerung der Personalaufwendungen setzt sich damit wie folgt zusammen:

| | |
|---|--------------------|
| • Lohnsteigerung TVöD / Theater | 1.484.000 € |
| • Erhöhung Beamtenbesoldung | 277.000 € |
| • Änderung Sozialversicherung / Umlagen | -199.600 € |
| Summe | <u>1.561.400 €</u> |

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen entwickeln sich in 2014 damit wie folgt:

| | |
|--|--------------------|
| Planansatz 2013 (Nachtrag) | 101.997.350 |
| • Tarif-, Besoldungs- und Umlageerhöhung | 1.561.400 |
| • Konsolidierung 2014 | 0 |
| • Sonderfaktoren 2014 | |
| - Wenigeraufwand wegfallende Sonderfaktoren Vorjahre | -294.300 |
| - Neue befristete Sonderfaktoren | 326.000 |
| - Neue dauerhafte Sonderfaktoren | 3.949.700 |
| • Sonstige Minderaufwendungen, insbes. aufgrund von Umschichtungen | -160.100 * |
| Planansatz 2014 | 107.380.050 |

* ein Teilbetrag wurde bereits im Nachtrag 2013 vollzogen.

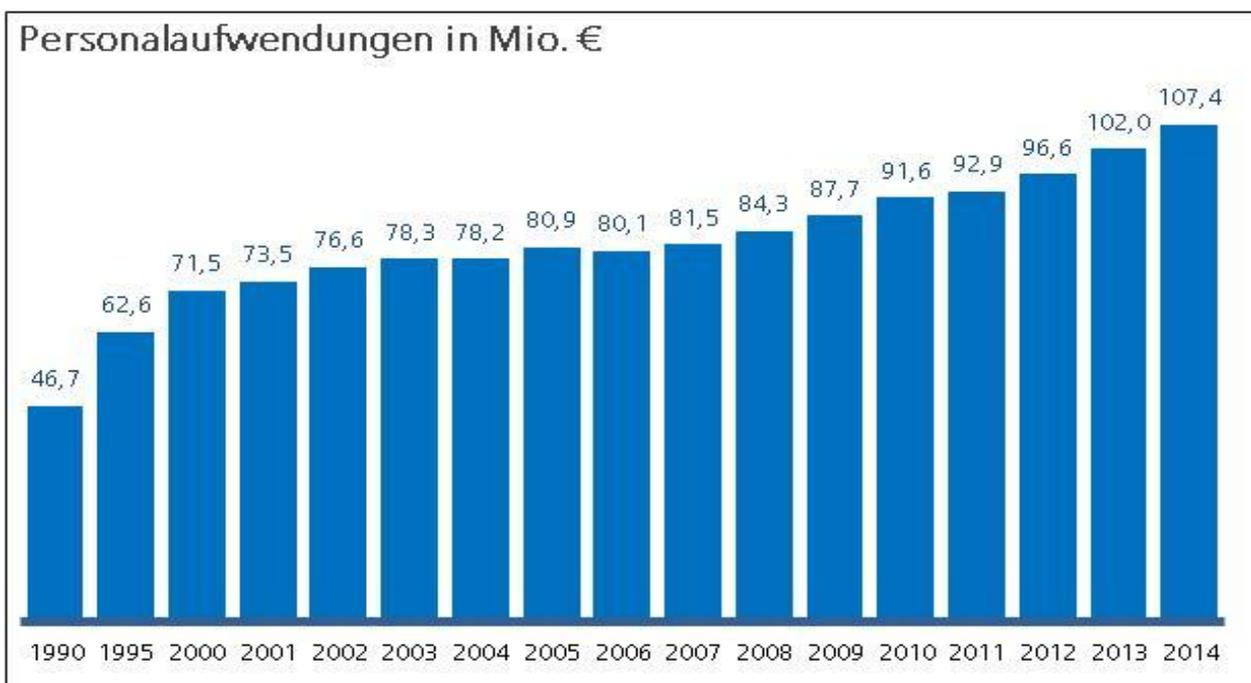
Für Dienstaufwandsentschädigungen sind im Planansatz insgesamt 75.000 € enthalten.

Konsolidierung

Die Personalaufwendungen wurden im Rahmen der Konsolidierung bzw. der Strukturmaßnahmen seit 2002 wie folgt reduziert:

| | |
|--------------|-------------------|
| 2002 – 2009 | -4.931.000 |
| 2010 | -597.700 |
| 2011 | -109.900 |
| 2012 | -196.700 |
| Summe | -5.835.300 |

Für 2013 und 2014 wurde keine erneute Konsolidierung beschlossen.



Seit 2011 werden sonst. Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie ehrenamtliche Entschädigungen als Sachaufwand ausgewiesen. In 2014 handelt es sich um rd. 1.173 T €

c) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (63.092 T€)

Im Wesentlichen sind hier Unterhaltungsaufwendungen, gebäudebezogener Aufwand, fachspezifische Betriebsausgaben (z.B. Bundesdruckerei Pässe, verlässliche Grundschule, usw.), Aufwand für Straßenentwässerung, EDV, Lehr- und Lernmittel sowie für Honorare (insbes. Musikschule und Prüfstatik) enthalten.

Bei den Unterhaltungsmaßnahmen sind im Rahmen des dauerhaften Sanierungsprogramms folgende zusätzlichen Mittel veranschlagt:

| | Plan 2014 T€ | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ |
|------------------------|-----------------|---------------------|---------------------|
| Unterhaltung | -5.400 | -5.400 | -5.400 |
| Energetische Sanierung | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| Gesamt | -6.400 | -6.400 | -6.400 |

d) Planmäßige Abschreibungen (31.408 T€)

Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung des Anlagevermögens oder durch wirtschaftliche Wertminderung entsteht, wird über die Abschreibungen erfasst. Dabei findet die Bruttomethode Anwendung. D.h. die gesamten Anschaffungs-/ Herstellungskosten fließen in die Abschreibung des Anlageguts ein. Zuschüsse und Zuwendungen für Investitionen werden entsprechend der Nutzungsdauer aufgelöst und als Ertrag ausgewiesen.

e) Zinsen und ähnliche Aufwendungen (4.300 T€)

Der Zinsaufwand verringert sich gegenüber 2013 geringfügig.

f) Transferaufwendungen (159.913 T€)

Die Transferaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | T€ |
|---------------------------------------|----------|
| Zuweisungen und Zuschüsse | -32.779 |
| Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe | -63.323 |
| Allgemeine Umlagen | -63.800 |
| Sonstiges | -11 |
| Gesamt | -159.913 |

Zuweisungen und Zuschüsse

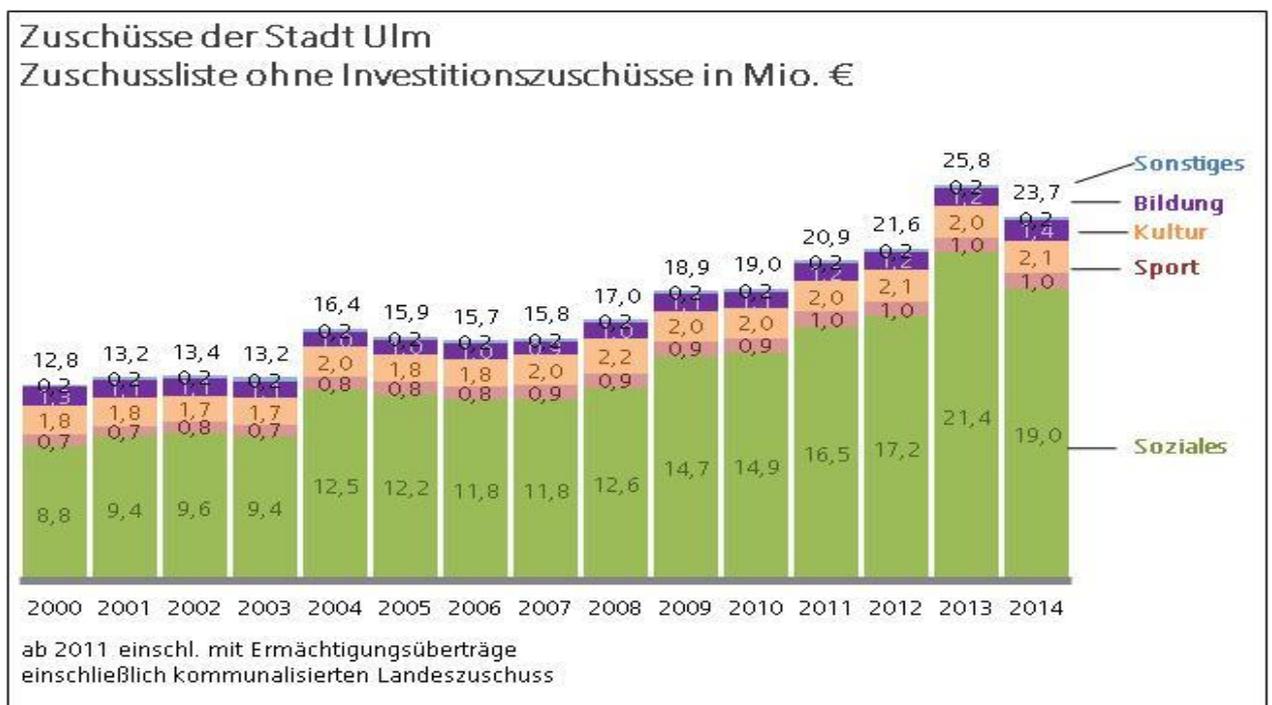
| | Plan 2014 T€ | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ | 2014 zu 2013 v.H. | 2013 zu 2012 v.H. |
|---|--------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Zuschussliste (Anlage 4 zum HHPI), inkl. Weitergabe Landeszuschuss für Kinderbetreuung (FAG) *) | -23.692 | -25.752 | -21.624 | -8,0 | 19,1 |
| Zuschuss EBU Stadtreinigung | -3.147 | -3.347 | -3.062 | -6,0 | 9,3 |
| Zuschuss ÖPNV | -1.153 | -986 | -947 | 16,9 | 4,1 |
| Betreiberzusch. Donauerlebnisbad, Eislaufanlage, Donaureisbad | -1.476 | -1.376 | -279 | 7,2 | 493,0 |
| Schülerbeförderung | -853 | -853 | -748 | 0 | 114,0 |
| Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH | -650 | -727 | -630 | -10,6 | 115,4 |

| | Plan 2014 T€ | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ | 2014 zu 2013 v.H. | 2013 zu 2012 v.H. |
|-------------------------------------|--------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Betriebskosten Multifunktionshalle | -320 | -320 | 0 | 0 | 320 |
| Zuschuss EBU Wasserläufe/Wasserbau | -185 | -323 | -176 | 38,7 | 83,5 |
| Donaubüro | -120 | -120 | -120 | 0 | 0 |
| Stadtentwicklungsverband | -100 | -100 | -84 | 0 | 19,0 |
| ZV Tierkörperbeseitigung Warthausen | -100 | -100 | -90 | 0 | 11,1 |
| Nachbarschaftsverband Ulm | -95 | -95 | -38 | 0 | 250 |
| Umlage Regionalverband | -75 | -75 | -76 | 0 | -1,3 |
| Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse | -812 | -510 | -624 | 59,2 | -18,3 |
| Summe | -32.779 | -34.684 | -28.498 | -5,5 | 21,7 |

*) In 2014 ist in der Zuschussliste eine planerische Korrektur aufgrund der Anpassung der Zuschüsse Kinderbetreuung i.H.v. rd. 2,5 Mio. Euro aufgrund der Erhöhung der Personalaufwendungen für die städtische Kinderbetreuung erfolgt.

Den Schwerpunkt der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse bilden die freiwilligen Zuwendungen an Sportvereine, kulturelle Vereinigungen, Vereine und Organisationen, die auf sozialen und gesundheitlichen Gebieten arbeiten, sowie die Betriebskostenzuschüsse an Kindergärten. Diese Ausgaben sind in der sog. „Zuschussliste“ (Anlage 4 zum Haushaltsplan) einzeln aufgelistet.

Für das Jahr 2014 ist eine **pauschale Indexierung der Zuschüsse um 3,0 %** eingeplant. Dadurch wird ein Ausgleich für die seit dem Jahr 2012 (Termin der letztmaligen Indexierung) erfolgten Tarif- und Betriebskostensteigerungen geschaffen.



Die Entwicklung der Zuschussliste ist stark durch die Entwicklung der **Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen** geprägt. Für den Ausbau der Kinderbetreuung für zusätzliche Einrichtungen der Stadt Ulm sind 50,4 neue Stellen geplant mit einem Personalkostenaufwand für 2014 von ca. 2,5 Mio. €. Die aktuelle Ausbauoffensive verursacht eine erhebliche planerische Unsicherheit hinsichtlich der erforderlichen Finanzmittel. Zudem ergeben sich Verschiebungen aufgrund der Übernahme von KITA-Gruppen in eige-

ner städtischer Trägerschaft, die ursprünglich in freier oder kirchlicher Trägerschaft geplant waren. Deshalb erfolgt eine Mittelverschiebung von den Betriebskostenzuschüssen zu den Personalaufwendungen für den städtischen Träger in Höhe von 2,5 Mio. €. Wenn alle KITA-Gruppen sowohl in Trägerschaft der Stadt als auch von freien und kirchlichen Trägern realisiert und in Betrieb sind, erfolgt im Laufe des Jahres 2014 eine Neukalkulation auf Basis der Istzahlen.

Die Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen (inkl. Weitergabe Landeszuschuss für Kinderbetreuung (FAG)) haben sich wie folgt entwickelt:

| | Plan 2014 T€ | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ | Ergebnis 2011 T€ |
|---|--------------------|------------------------|------------------------|------------------------|
| - Betriebskostenzuschuss an freie Träger | -14.104 | -16.586 | -12.624 | -12.345 |
| - Zuschuss für Betriebskindertageseinrichtungen | -1.652 | -1.652 | -1.379 | -1.221 |
| - Zuschuss an Tagesmütterverein | -179 | -174 | -118 | -100 |
| - Erhöhter Bedarf Aufsichtspflicht | 0 | 0 | 0 | -2 |
| - Übernahme Essensgeld | -40 | -40 | -36 | -12 |
| Summe | -15.975 | -18.451 | -14.157 | -13.678 |

Seit 2008 sind im **Zuschuss an EBU für die Stadtreinigung** 300 T€ für Qualitätsverbesserungen enthalten. In 2010 wurde für verzögerte Mehraufwendungen für den Winterdienst eine Rückstellung in Höhe von 650 T€ gebildet, die in 2011 in Anspruch genommen wurde. Ab 2013 ist ein dauerhafter Sonderfaktor in Höhe von 83.000 € (Ausgleich Tarifsteigerung) enthalten. Zudem wurden im Nachtrag 2013 zusätzlich 200 T€ für den winterbedingten Mehraufwand veranschlagt.

Im Gesamtbetrag "**Betreiberzuschuss für Donauerlebnisbad, Eislaufanlage und Donaufreibad**" ist auch die Tilgung einer LBBW-Verbindlichkeit enthalten. Diese wird aus technischen Gründen im Ergebnishaushalt veranschlagt, jedoch über den Finanzhaushalt abgewickelt.

Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe

Die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe schlägt sich neben den Transferaufwendungen auch in anderen Ertrags- und Aufwendungsgruppen nieder. Insgesamt entwickelt sich die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe wie folgt:

| | Plan 2014 T€ | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ | 2014 zu 2013 v.H. | 2013 zu 2012 v.H. |
|-------------------------------------|--------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 3110-620 Soziale Hilfen | -28.010 | -29.570 | -28.922 | -5,3 | 2,2 |
| 3120-630 Grundsicherung für Arbeit- | -8.700 | -7.390 | -8.149 | 17,7 | -9,3 |
| 3120-620 suchende | | | | | |
| 3630-640 Hilfen zur Erziehung | -7.635 | -7.135 | -5.956 | 7,0 | 19,8 |
| Sonstige Hilfearten | -1.363 | -1.343 | -1.180 | 1,5 | 13,8 |
| Summe | -45.708 | -45.438 | -44.207 | 20,6 | 25,5 |

In 2014 ergibt sich eine geringfügige Erhöhung des Zuschussbedarfs gegenüber dem Vorjahr. Bezogen auf das Jahr 2000 beträgt der Anstieg weiterhin fast 25 Mio. €

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Im Bereich Soziale Hilfen (Alten- und Behindertenhilfe, inkl. Grundsicherung), Produktgruppe 3110-620, ergibt sich insbesondere aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei der Eingliederungshilfe sowie der Entgeltterhöhung der freien Träger eine erhebliche Belastung des Haushalts. Zwar lag das Jahresergebnis 2012 um rd. 1,0 Mio. € unter dem Ergebnis 2011, für das Jahr 2013 wird jedoch wieder eine Verschlechterung

rung erwartet:

Die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöht sich in 2013 von 45% auf 75% der Nettoaufwendungen des Vorjahres bzw. des laufenden Jahres. Hierdurch werden im Haushalt 2013 Mehrerträge von rd. 2,3 Mio. € erwartet. Dennoch erhöht sich aufgrund der erwarteten hohen Aufwandssteigerung von rd. 2,9 Mio. € der Zuschussbedarf auf rd. 29,6 Mio. €. Im Jahr 2014 steigt die Bundesbeteiligung auf 100 % der Nettoaufwendungen des laufenden Jahres, so dass die Erträge auf insgesamt rd. 11,0 Mio. € steigen werden.

Gleichzeitig wird jedoch eine weitere deutliche Aufwandssteigerung erwartet, so dass sich der Zuschussbedarf in 2014 auf rd. 28,0 Mio. € belaufen wird.

Um diese Herausforderungen meistern zu können, wird derzeit das Projekt "Sozialraumorientierung in der Alten- und Behindertenhilfe" geplant und ab 2013 im ersten Sozialraum umgesetzt. Leitgedanken sind dabei Sozialraumorientierung, Ambulantisierung, Personenzentrierter Ansatz, Normalisierung, uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft sowie die Versorgungsverantwortung für Ulmer.

Nach der erfolgreichen Erprobung eines Kontrakts zur Verankerung des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe wurde dieser ausgeweitet und zunächst für die Jahre 2010 bis 2013 verlängert. Eine erneute Verlängerung bis 2015 ist vorgesehen. Zudem wurde für die Jahre 2011 bis 2013 ein Kontrakt zur Etablierung eines zielgruppenübergreifenden Ressourcenmanagements im Fachbereich BuS geschlossen; auch hier ist eine Verlängerung bis 2015 geplant.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), bisher Produktgruppe 3120-630, ab 2014 PRC 3120-620, ist die Entwicklung der Transferleistungen weitgehend von der konjunkturellen Entwicklung abhängig.

Der Zuschussbedarf lag im Jahr 2012 um rd. 0,8 Mio. € über dem Ergebnis 2011. Für 2013 war ursprünglich von gleichbleibenden Aufwendungen ausgegangen worden. Durch die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt kann der Zuschuss im Nachtrag 2013 um 0,8 Mio. € reduziert werden. Für 2014 wird bedingt vor allem durch die Reduzierung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft von 39,8 % auf 38,1 % eine Erhöhung des Zuschussbedarfs um ca. 1,3 Mio. € erwartet.

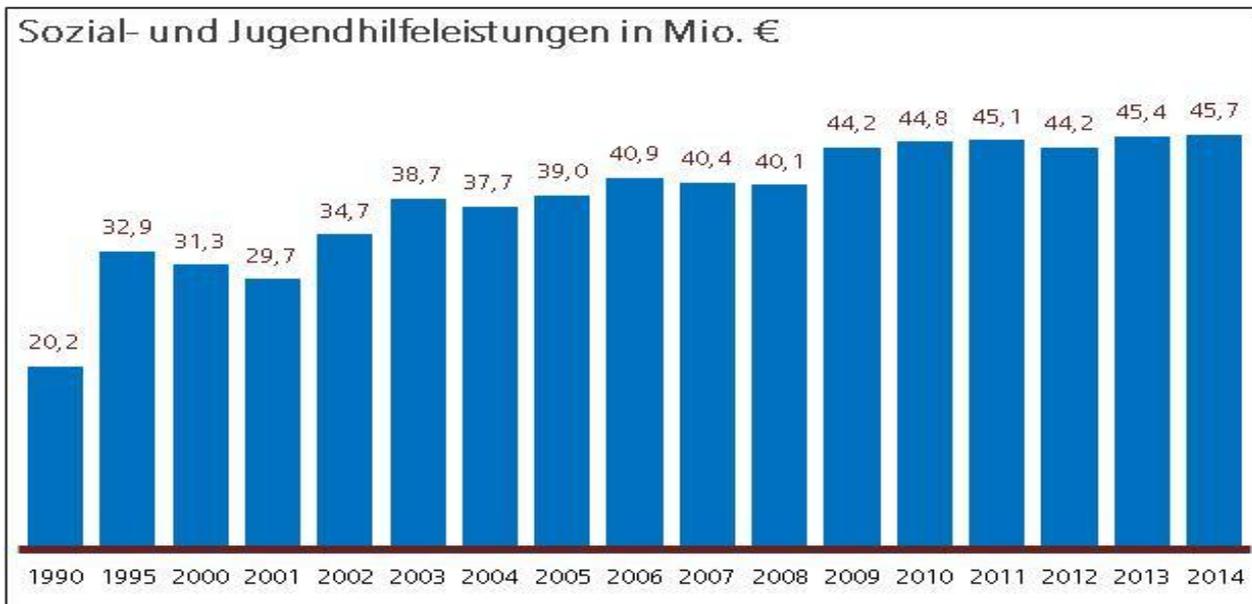
Im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE, wirtschaftl. Jugendhilfe), Produktgruppe 3630-640 wurde im Jahr 2007 die gemeinsame Budgetverantwortung mit den Freien Trägern auf alle Sozialräume ausgeweitet und ein verbindliches Regelwerk geschaffen (vgl. FBA 06.12.06 bzw. 04.07.07). Da sich dieses Regelwerk grundsätzlich bewährt hat, wurde es weiterentwickelt, zunächst für die Jahre 2010 bis 2012 verlängert und anschließend für die Jahre 2013 bis 2015 fortgeschrieben.

Aufgrund von Tarifsteigerungen und daraus folgenden Entgelterhöhungen der freien Träger sowie erwarteter Fallzahlensteigerungen wurden im Haushaltsplan Aufwendungen in Höhe von 7,8 Mio. € für 2013 und 8,3 Mio. € für 2014 veranschlagt.

Fazit

Im Jahr 2013 wird der Nettobedarf der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe insbesondere aufgrund der gestiegenen Fallzahlen im Bereich der Eingliederungshilfe sowie Grundsicherung im Alter voraussichtlich bei rd. 45,4 Mio. € liegen. Damit liegt der Planansatz 2013 um rd. 1,2 Mio. € über dem Ergebnis 2012. Für das Jahr 2014 wird gegenüber dem Nachtrag 2013 eine weitere Erhöhung um rd. 0,3 Mio. € prognostiziert. Es wird erwartet, dass die Erhöhung des Bundeszuschusses an den Leistungen für Grundsicherung sowie i.R. des Bildungs- und Teilhabepakets den Ausgabenanstieg bei der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege in etwa ausgleichen wird.

Gegebenenfalls muss während des Planvollzugs 2014 nachgesteuert werden.



Allgemeine Umlagen

Die in den Transferaufwendungen enthaltenen Allgemeinen Umlagen setzen sich wie folgt zusammen:

| | Plan 2014 T€ | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ | 2014 zu 2013 v.H. | 2013 zu 2012 v.H. |
|----------------------------|--------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Gewerbesteuerumlage | -17.100 | -20.900 | -26.322 | -22,0 | -20,6 |
| Finanzausgleichsumlage | -45.500 | -39.500 | -42.468 | 15,2 | -7,0 |
| Rückstellung FAG-Belastung | 0 | -7.600 | -26.500 | | -71,4 |
| Umlage KVJS (früher LWV) | -600 | -550 | -490 | 9,1 | 12,2 |
| Status-Quo-Ausgleich LWV | -600 | -105 | -1.793 | 571,4 | -94,2 |
| Summe | -63.800 | -68.655 | -97.573 | -7,6 | -42,1 |

Die **Gewerbesteuerumlage** 2014 beträgt voraussichtlich 69 v.H. der Bemessungsgrundlage (2013: 69 v.H.; 2012: 69 v.H.). Die Änderung des Umlagesatzes in den vergangenen Jahren sollte die Wirkungen der Unternehmenssteuerreform ausgleichen. Die niedrigere Gewerbesteuerumlage 2014 resultiert im Wesentlichen aus einem reduzierten Gewerbesteueraufkommen. In den beiden Vorjahren wirkten sich jeweils einmalige Gewerbesteuerzahlungen aus.

Die Höhe der **Finanzausgleichsumlage** hängt wesentlich von den Gewerbesteuererträgen des zweitvorangegangenen Jahres ab. Durch die Erhöhung der Steuererträge in 2012 liegt die FAG-Umlage deutlich über dem Ansatz 2013.

g) Sonstige ordentliche Aufwendungen (13.892 T€)

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** enthalten insbesondere die allgemeinen Geschäftsausgaben, die Beförderungskosten für behinderte Schüler, steuerliche Aufwendungen, den Anteil der Stadt an den Verwaltungskosten des Jobcenters (SGB II), Aufwendungen für EDV, für Versicherungen, für Säumniszuschläge und Erstattungsinsen sowie die pauschalen Ansätze für die Deckungsreserve und den Globalen Minderaufwand.

2.1.4 Fach-/Bereichshaushalte

Den einzelnen Budgethaushalten wird jeweils ein eigener Vorbericht vorangestellt. Hierin werden die Entwicklung der Eckdaten (mit den wesentlichen Änderungen zum Vorjahr) sowie die Entwicklung der Perso-

nalaufwendungen und der Gebührenhaushalte dargestellt. In den Vorberichten der Fachbereiche Kultur, Bildung und Soziales sowie Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sind außerdem die wesentlichen Ziele und Leistungen des jeweiligen Fachbereichs ausgewiesen. Desweiteren werden beim Bereich „Zentrale Dienste“ die Inneren Verrechnungen und beim Fachbereich „Bildung und Soziales“ die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe erläutert. Auf die Fach-/Bereichsvorberichte wird an dieser Stelle verwiesen.

2.2 Finanzhaushalt

2.2.1 Ein- und Auszahlungen des Ergebnishaushalts

Im Ergebnishaushalt sind nicht alle Erträge und Aufwendungen zahlungswirksam. Deshalb weicht der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts vom veranschlagten ordentlichen Ergebnis ab. Der Zahlungsmittelüberschuss 2014 leitet sich wie folgt her:

| | T€ | T€ |
|---|---------|--------------|
| + Veranschlagtes ordentliches Ergebnis | | 6.087 |
| - Abzüglich enthaltene nicht zahlungswirksame Positionen | | |
| - Erträge aus aktivierten Eigenleistungen | -931 | |
| - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | -26.500 | |
| - Aufwendungen für Abschreibungen (netto) | 26.161 | |
| nicht zahlungswirksames Ergebnis | -1.270 | |
| = Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit | | 4.817 |

2.2.2 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

| Einzahlungsarten | Plan 2014 T € | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ | 2014 zu 2013 v.H. | 2013 zu 2012 v.H. |
|--|---------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 4 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | 9.945 | 9.368 | 4.441 | 6,2 | 210,9 |
| 5 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit | 4.235 | 3.034 | 2.042 | 39,6 | 48,6 |
| 6 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen | 30.009 | 16.060 | 14.342 | 86,9 | 12,0 |
| 7 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen | 6.709 | 6.742 | 10.907 | -0,5 | -38,2 |
| Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeiten | 0 | 0 | 250 | 0 | -250 |
| 9 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 50.898 | 35.204 | 31.982 | 44,6 | 10,0 |

Die Einzahlungen aus **Investitionszuwendungen** setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

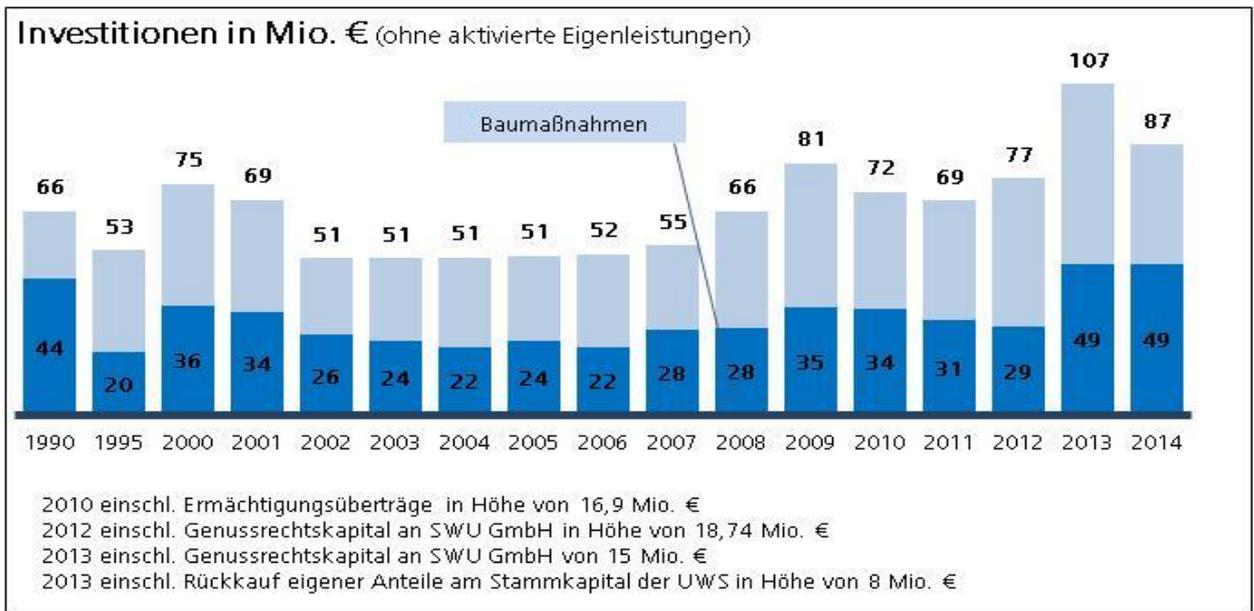
| Zweck | Plan 2014 T € | Nachtrag 2013 T€ | Ergebnis 2012 T€ | 2014 zu 2013 v.H. | 2013 zu 2012 v.H. |
|-----------------|---------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Schulen | 4.000 | 3.650 | 826 | 9,6 | 441,9 |
| Stadtsanierung | 3.043 | 1.964 | 1.424 | 54,9 | 37,9 |
| Gemeindestraßen | 1.772 | 1.035 | 888 | 71,2 | 16,6 |
| Feuerwehr | 323 | 168 | 241 | 92,3 | -30,3 |
| Kinderbetreuung | 620 | 2.248 | 151 | -70,4 | 1.488,7 |
| Sonstige | 187 | 304 | 911 | -38,5 | -66,7 |
| Summe | 9.945 | 9.369 | 4.441 | 6,4 | 211,0 |

Die Einzahlungen aus der **Veräußerung von Sachvermögen** enthalten überwiegend die Erträge aus Grundstücksveräußerungen mit 30 Mio. €. Dabei ist insbesondere ein Teilbetrag aus der Veräußerung Sedelhöfe enthalten.

In den Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen sind in 2014 Darlehensrückflüsse mit 3,7 Mio. €, insbesondere von EBU, UWS und PBG sowie der Rückfluss von Kassenverstärkungsmittel an SAN mit 3,0 Mio. € veranschlagt.

2.2.3 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

| Auszahlungsarten | Plan 2014 T € | Nachtrag 2013 T € | Ergebnis 2012 T € | 2014 zu 2013 v.H. | 2013 zu 2012 v.H. |
|--|---------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | -12.000 | -15.725 | -13.864 | -23,7 | 13,4 |
| 11 Auszahlungen für Baumaßnahmen | -48.774 | -49.093 | -28.537 | -0,6 | 72,0 |
| 12 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen | -4.852 | -4.329 | -3.598 | 12,1 | 20,3 |
| 13 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen | -14.598 | -31.108 | -26.945 | -53,1 | 15,5 |
| 14 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen | -7.241 | -6.808 | -3.666 | 6,4 | 85,7 |
| 16 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | -87.465 | -107.062 | -76.608 | -18,3 | 39,8 |



Beim **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** sind in 2014 ausschließlich Auszahlungen des „Städtischen Grundstückstopfs“ mit 12 Mio. € veranschlagt. Diesen stehen Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken mit 30 Mio. € gegenüber (inkl. 15 Mio. € aus der Veräußerung Sedelhöfe, s.2.2.2). Der „Städtische Grundstückstopf“ weist in 2014 damit einen Überschuss von 18 Mio. € aus.

Die **Baumaßnahmen** (ohne Belastung aus aktivierten Eigenleistungen) verteilen sich auf die Aufgabengebiete wie folgt:

| Hochbaumaßnahmen | | Betrag in T€ |
|--|----------|--------------|
| Bereich Oberbürgermeister | | -205 |
| Bereich Bürgerdienste | | -1.300 |
| Fachbereich Kultur – insbesondere Sanierung Ulmer Theater (2.300 T€) | | -2.500 |
| Fachbereich Bildung und Soziales | | -17.147 |
| davon | Schulen | -10.050 |
| | Sport | -2.480 |
| | Soziales | -4.617 |
| Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt | | -3.262 |
| Summe Hochbaumaßnahmen | | -24.414 |
| Tiefbaumaßnahmen | | Betrag in T€ |
| Ortsdurchfahrt B 10 - Westringtunnel | | -6.550 |
| Lärmschutzprogramm | | -892 |
| Sonstige Maßnahmen für Straßen, Wege, Plätze | | -5.705 |
| Erschließungsmaßnahmen | | -5.242 |
| Sanierung Tiefgarage Kornhaus | | -800 |
| Verlegung Kleine Blau | | -720 |
| Sonstiges | | -605 |
| Summe Tiefbaumaßnahmen | | -20.514 |
| Sonstige Anlagen | | Betrag in T€ |
| Straßenbeleuchtung, Lichtkonzept | | -770 |
| Signalanlagen | | -280 |
| Grünanlagen, Spielplätze | | -1.227 |
| Ökologische Maßnahmen | | -150 |
| ÖPNV, Modernisierung von Haltestellen | | -400 |
| Kleinmaßnahmen Schulen | | -33 |
| Sonstiges | | -986 |
| Summe Sonstige Anlagen | | -3.846 |

In den Auszahlungen für den **Erwerb beweglichen Vermögens** sind insbesondere der Schuletat (527 T€), EDV-Projekte (1.330 T€), Erwerb von Betriebseinrichtungen (1.391 T€) sowie der Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen (650 T€) veranschlagt.

Die Auszahlungen für den **Erwerb von Finanzvermögen** beinhalten die Kapitaleinlage für den weiteren Ausbau der Straßenbahn (10 Mio. €) sowie die Kassenverstärkungsmittel an SAN (3,0 Mio. €).

Bei den Investitionsförderungsmaßnahmen sind insbesondere die Auszahlungen für Stadtsanierung mit rd. 5,3 Mio. €, Sportförderung mit 700 T€, Investitionszuschüsse an private Gymnasien mit 400 T€ sowie Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen (380 T€) veranschlagt.

2.2.4 Finanzierungstätigkeit

a) Entwicklung der wesentlichen "Sparbücher"

| | 31.12.2013 | Zugang | Abgang | 31.12.2014 |
|-------------------------------|------------|--------|--------|------------|
| | Mio. € | T€ | T€ | T€ |
| Wachstums- und Impulsprogramm | 2,0 | - | 2,0 | 0,0 |
| Verkehrsentwicklung | 51,1 | - | 10,0 | 41,1 |
| Reduzierung Neuverschuldung | 34,4 | - | 2,2 | 32,2 |
| Summe | 87,5 | - | 14,2 | 73,3 |

Die aus den "Sparbüchern" vorhandene Liquidität kann zum Ausgleich des Finanzhaushalts herangezogen werden und reduziert damit den Kreditbedarf.

b) Entwicklung der Schulden aus Krediten

Die Schulden aus Krediten werden am 31. Dezember 2013 voraussichtlich 137,7 Mio. € betragen. Nach dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2013 – 2017 werden sie sich wie folgt entwickeln:

| Haushaltsjahr | Einwohnerzahl | Kreditaufnahme | Tilgung | Zinsen | Schuldendienst gesamt | Schuldenstand zum 31.12.13 | | Schuldenreduzierung/ zuwachs |
|---------------|---------------|----------------|---------|--------|--------------------------|-------------------------------|-------|---------------------------------|
| | | | | | | T€ | €/Ew | |
| 2013 | 123.800 | 28.950 ** | 9.100 | 4.303 | 13.403 | 137.684 | 1.112 | 1.148 |
| 2014 | 118.000 * | 0 | 9.000 | 4.300 | 13.300 | 128.684 | 1.091 | -9.000 |
| 2015 | 118.100 | 0 | 8.800 | 4.100 | 12.900 | 119.884 | 1.014 | -8.800 |
| 2016 | 118.200 | 9.000 | 8.600 | 3.700 | 12.300 | 120.284 | 1.018 | 400 |
| 2017 | 118.300 | 10.800 | 8.500 | 3.800 | 12.300 | 122.584 | 1.036 | 2.300 |

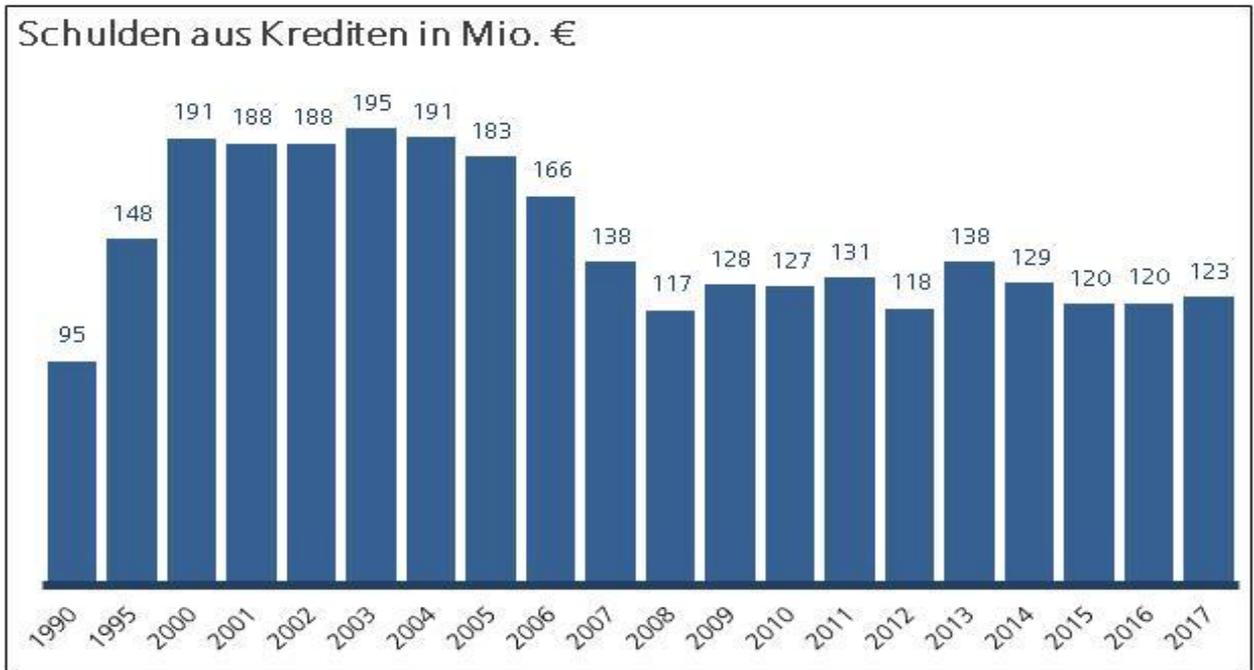
* auf Basis Ergebnis Zensus 2011

** inkl. Inanspruchnahme Kreditermächtigungen aus 2012 in Höhe von 18,75 Mio. €

Die Schulden verringern sich im Planungszeitraum 2013 – 2017 um insgesamt 15,1 Mio. €.

Die Haushaltsbelastung aus dem Schuldendienst liegt zum Ende des Finanzplanungszeitraums bei 12,3 Mio. € und damit um 1,1 Mio. € unter dem Wert 2013.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass einige Großinvestitionen im Finanzplanungszeitraum lediglich mit einer Planungsrate enthalten sind. Vor diesem Hintergrund besteht ein erhebliches Risiko, dass sich die Verschuldung gegenüber den oben genannten Werten erhöht. Gleichzeitig werden aus den Grundstücksverkäufen Sedelhöfe im Finanzplanungszeitraum Einzahlungen erwartet.



Ulm, im November 2013

Stadt Ulm

Gez.
Gunter Czisch
Erster Bürgermeister